

# UNIVERSITÄT **GEW**

## Prekäre Lagen an den Hochschulen



**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

September  
2020

## Prekäre Lagen an den Hochschulen

- 3 **Das Corona-Staatsexamen**  
Der\*Die Autor\*in ist der Redaktion bekannt
- 5 **Studi-Demo in Berlin**  
**Ohne finanzielle Hilfe geht es für viele Studierende nicht weiter**  
von Florian Hahn
- 6 **Solidarsemester – Initiative der Studierenden in »Corona-Zeiten«**  
von Jacob Bühler
- 7 **GEW-Empfehlungen zum Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz**  
von Magnus Treiber
- 8 **Hochschullehre digital**  
**Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dem ersten Corona-Semester**  
von Sandra Fluhrer
- 10 **Digitalisierung an Universitäten – erste persönliche Erfahrungen**  
von María José Pérez Chillón
- 12 **Plädoyer für die offene Diskussion**  
**Was Wissenschaft heute gefährdet und wie sich damit umgehen lässt**  
von Dr. Ralf Klausnitzer
- 14 **»Die Neue Ordnung« – eine wissenschaftliche Zeitschrift driftet nach rechts ab**  
von Dorothea Weniger

## Was es sonst noch gibt

- 16 **Tarifrunde 2020**  
**Mehr Lohn für die Beschäftigten – gerade in der Krise**  
von Petra Nalenz
- 17 **Völkisches Heimatverständnis in rechter Musik**  
von Timo Büchner
- 19 **Leser\*innenbriefe**
- 20 **Nachrufe**  
- Ein GEWschaffter der ersten Stunde. Zum Tod von Herbert Langen  
- Klaus Liebig ist gestorben
- 21 **Berichte**  
- Einfach mal machen!  
- Nicht nur in der Krise: Für gute Arbeit brauchen wir mehr!

## Rubriken

- 22 **Geburtstage und Jubiläen**
- 24 **Kontakte**

## Save the date

**25. September: Globaler Klimastreiktag**

Die GEW Bayern unterstützt den Appell der »Fridays for Future«-Bewegung zum globalen Klimastreik am 25. September 2020 und ruft ihre Mitglieder dazu auf, dies ebenfalls zu tun. Du möchtest wissen, wo in deiner Nähe welche Aktion stattfindet? Infos gibt es hier: [fridaysforfuture.de/save-the-date](https://fridaysforfuture.de/save-the-date)

**Aktuelle Mitgliedsdaten melden**

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter [gew-bayern.de/anmeldung](https://gew-bayern.de/anmeldung) selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de) Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

**Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,**

anstelle eines Editorials möchte ich mich für das Titelblatt der DDS-Ausgabe 7-8/2020 entschuldigen. Das Zitat »Wer immer tut, was er schon kann, bleibt immer das, was er schon ist« ist zwar inhaltlich nicht zu beanstanden, dennoch war es ein Fehler, es auf der Titelseite einer Gewerkschaftszeitung zu präsentieren.

Dankenswerterweise gab es zwei kritische Reaktionen, die uns darauf hinwiesen, dass sein Autor, der Großindustrielle Henry Ford, nicht nur ein Gewerkschaftsfeind, sondern auch Antisemit war: So versuchte er mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich Arbeiter\*innen bei Ford gewerkschaftlich organisierten. Er nahm es sogar billigend in Kauf, dass sie zu Tode kamen, als sie auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise ihre Interessen auf der Straße vertraten. Im Zuge des »Ford Hunger March«, den in Detroit Arbeitslosenräte und Auto-, Flugzeug- und Fahrzeugarbeiter\*innen für den 7. März 1932 organisierten, starben fünf Menschen durch Schüsse, 60 weitere wurden verletzt. Geschossen hatten Polizisten und Sicherheitsleute von Ford.

Antisemitische Hetze betrieb Ford mit seinem Presseorgan »Dearborn Independent«, das er 1919 erwarb und in dem er 91 Wochen lang eine Serie mit jüdischen- und jüdenfeindlichen Artikeln veröffentlichte. In vier Bänden zusammengefasst publizierte er diese unter dem Titel »Der internationale Jude: Ein Weltproblem«. Außerdem unterstützte Ford die Verbreitung der »Protokolle der Weisen von Zion«, ein auf einer Fälschung beruhendes antisemitisches Pamphlet, das noch heute in Umlauf ist.

Ford unterstützte darüber hinaus den Nationalsozialismus, indem er im deutschen Ford-Werk Fahrzeuge für die Wehrmacht produzierte. In der Fertigung wurden auch Zwangsarbeiter\*innen aus Konzentrationslagern eingesetzt.

1938 erhielt Henry Ford zwei Orden vom NS-Regime: Das Adlerschild des Deutschen Reiches und das Großkreuz des Deutschen Adlerordens.

All dies wusste ich zum Zeitpunkt der Bildauswahl nicht. Gleichwohl trage ich die Verantwortung und entschuldige mich dafür.

Dorothea Weniger

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle  
mit Beratung für GEW-Mitglieder:  
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 089 54379959  
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

**Impressum:**

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern  
Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 089 5440810  
E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [www.gew-bayern.de](https://www.gew-bayern.de) • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)  
**Redaktionsleiterin:** Dorothea Weniger, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
E-Mail: [dorothea.weniger@gew-bayern.de](mailto:dorothea.weniger@gew-bayern.de)  
**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte  
**Gestaltung:** Karin Just  
**Bildnachweis:** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago images / Michael Weber, Karin Just  
**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994  
**Anzeigenannahme:** nur über die Redaktionsleitung  
**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München  
☎ 089 5029994, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)  
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.  
Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser\*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.  
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.  
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.  
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.



Foto: futureteacher

# Das Corona-Staatsexamen

Corona stellte und stellt 2020 die ganze Welt auf den Kopf. Von jetzt auf gleich wurden Szenarien Wirklichkeit, die niemand zuvor je für möglich gehalten hätte. Auch für die diesjährigen Lehramtsabsolvent\*innen sind die Folgen weitreichend.

Es war der 18. März 2020. An diesem Tag fanden noch alle Staatsexamensprüfungen statt. Einige Examenskandidat\*innen sollten am nächsten Tag in die nächste Examensprüfung gehen. Die Lage war jedoch ungewiss, immerhin waren die Schulen in Bayern schon geschlossen.

## Die Absage

Manche Unis schrieben dann die Studierenden gegen 14 Uhr an und erklärten, dass das Staatsexamen vorerst nicht mehr stattfindet, von anderen kam nichts. Man musste also Glück haben und an der »richtigen« Universität stu-

dieren, um überhaupt informiert zu werden. Gegen 15 Uhr hieß es dann auch auf der Seite des Staatsministeriums, dass das Examen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt wird. Wie genau es weitergeht, konnte zu diesem Zeitpunkt natürlich niemand sagen. Auf der Internetseite des Ministeriums hieß es nur: »Bitte setzen Sie als Prüfungsteilnehmer/-in die Vorbereitung weiter fort.« Für all diejenigen, die sich seit Wochen und Monaten auf diesen einen Tag hin vorbereitet haben und die Prüfung endlich hinter sich bringen wollten, war die Nachricht, dass am nächsten Morgen kein Staatsexamen mehr stattfinden wird, natürlich erst einmal ein Riesenschok. Das i-Tüpfelchen setzte das Kultusministerium (KM) gegen 16 Uhr, als auf seiner Homepage plötzlich die Information auftauchte, dass die Prüfungen bis auf Weiteres stattfinden. Was denn nun? Die Lage war sehr unübersichtlich, die Unsicherheit bei den Studierenden groß. Einige Minuten später erfolgte eine wei-

tere Aktualisierung und es stand endgültig fest: Das Staatsexamen ist erst einmal ausgesetzt.

## Das große Warten

Die Pandemie nahm ihren Lauf. Und wir warteten. Wochenlang hieß es nur, wir sollten uns weiter vorbereiten. Das war leichter gesagt als getan. Da gab es zum Beispiel Laura<sup>1</sup>, die ihren Nebenjob coronabedingt verloren hatte und nun unter Existenzängsten litt. Oder Benjamin, der seine Wohnung schon gekündigt hatte und bis zum Beginn des Referendariats wieder bei seinen Eltern wohnen wollte und damit keine geeigneten Räumlichkeiten mehr hatte, um zu lernen. Auch Susanne, die drei kleine Kinder zu Hause hat, welche nicht mehr in den Kindergarten oder die Schule gehen konnten. Ihr fehlte schlichtweg die Zeit, um sich weiter vorzubereiten, da

1 Die Namen wurden geändert.

sie sich um ihre Kinder kümmern mussten.

Zudem waren die Bibliotheken geschlossen, der Zugang zu Literatur erschwert. Es war nicht mehr möglich, sich mit Lerngruppen zu treffen bzw. sich adäquat auf praktische Prüfungen vorzubereiten. Allein und ohne Termin vor Augen war es schwierig, sich täglich mehrere Stunden zum Lernen zu motivieren. Die andauernde Ungewissheit war für alle Beteiligten sehr belastend.

## Die Wiederaufnahme der Prüfungen

Ab 18. Mai 2020 wurden die Prüfungen unter Einhaltung des Infektionsschutzes wieder aufgenommen. Die individuelle Situation der zu Prüfenden in den letzten beiden Monaten wurde dabei leider nicht berücksichtigt. So freuten sich die einen, endlich ihr Staatsexamen zu Ende bringen zu können, anderen war es aber definitiv nicht mehr möglich, ihre Bestleistungen abzurufen.

Das KM gewährte allen Kandidat\*innen lediglich einen Freiversuch. Für die meisten Studierenden ist dies aber nur bedingt ein Gewinn. Wir sind darauf angewiesen, unser Referendariat mit dem Schuljahr 2020/21 zu starten und das Staatsexamen – wenn irgendwie möglich – nicht zu wiederholen. Schnell war auch klar, dass womöglich nicht alle Staatsexamensprüfungen bis September abschließend korrigiert sein werden. Für diesen Fall räumte das Ministerium ein Referendariat auf Probe ein, bis die Ergebnisse vorliegen. Dies würde bei Nichtbestehen den Austritt aus dem Referendariat bedeuten. An der entsprechenden Schule würde dann die Lehrkraft fehlen, die betroffenen Referendar\*innen wären arbeitslos und müssten gegebenenfalls nach wenigen Wochen zurück an ihren Studienort ziehen.

## #dontforgetyourfutureteachers

Wir reden hier nicht von Einzelschicksalen, sondern von einer beachtlichen Zahl von Lehramtsabsolvent\*innen. Wie viele Leute die Thematik betrifft, war uns schnell klar: Zum gegenseitigen Austausch gründeten einige von uns auf Facebook eine Gruppe für die Betroffenen, der inzwischen über 1.800 Mitglieder angehören. Innerhalb der

Gruppe gab es zahlreiche sehr engagierte Lehramtsstudierende, die sich organisierten und Kontakte zu Politik, Zeitungen, Radio, Fernsehen, Lehrer\*innenverbänden, Schulen u. v. m. herstellten – alles parallel zur eigenen Examensvorbereitung. #dontforgetyourfutureteachers wurde zu unserem Slogan. Die Chancengleichheit des Staatsexamens 2020 im Vergleich zu früheren Jahrgängen ist nicht gegeben, daher haben wir versucht, alle uns möglichen Mittel einzusetzen, um auf unsere Lage aufmerksam zu machen. So gab es unter uns beispielsweise Examenskandidat\*innen, deren Examen vom KM verschlampt wurden. Die davon betroffenen Studierenden bekamen nun vom KM zwei Alternativen angeboten: Note 6 oder nochmal schreiben. Da die Note im Staatsexamen über eine spätere Einstellung ins Beamt\*innentum entscheidet, kann dieser »Vorschlag« nur als Zumutung zurückgewiesen werden.

## Petitionen im Landtag

Zahlreiche Telefonate und Mails mit Politiker\*innen brachten uns ein großes Stück weiter. Besonders dankbar sind wir für den Einsatz der Abgeordneten der Grünen und der SPD, die Anträge stellten, die unsere Situation verbessern sollten. Auch wir Studierenden wurden aktiv: Wir reichten zahlreiche Massen- sowie Einzelpetitionen ein, in denen wir mehr Transparenz, Fairness und Kulanz forderten. Eine umsetzbare, faire Lösung wäre beispielsweise die Anwendung der EWS-Bewertung<sup>2</sup> auch beim Fachexamen gewesen. In diesen Punkten unterstützten uns auch die GEW und der BLLV. Die Abgeordneten im Bildungsausschuss und im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im bayerischen Landtag mussten sich somit einige Male mit unserer Situation auseinandersetzen. Unsere Petitionen wurden nach einer kurzen Aussprache zwar nach § 80 Nr. 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag als erledigt betrachtet, bewirkten aber mit Sicherheit, dass unsere Situation deutlich

wurde. Bei den Behandlungen der Petitionen konnte auch jeweils ein Student von #dontforgetyourfutureteachers vor Ort Rederecht beantragen, sodass wir zweimal die Möglichkeit hatten, im Landtag zu sprechen. Erfreulicherweise konnten wir die Notenmitnahme für die Staatsexamenskandidat\*innen bewirken, die bereits mindestens eine Prüfung abgelegt hatten, aber aus diversen Gründen ihr Examen im Frühjahr nicht fertigstellen konnten.

## Das große Warten geht weiter

Inzwischen konnten die »Frühjahrs«-kandidat\*innen ihre Staatsexamensprüfungen hinter sich bringen. Doch die Lage bleibt weiter angespannt. Wie wird es im Herbst mit dem Staatsexamen weitergehen? Immerhin finden an den Universitäten aktuell keine Präsenzveranstaltungen zur Vorbereitung statt, die Bibliotheken sind nur eingeschränkt geöffnet und ob der Terminplan für Herbst wie geplant eingehalten werden kann, muss aufgrund des Infektionsgeschehens weiter abgewartet werden.

Doch auch für uns »Frühjahrs«-kandidat\*innen bleibt es spannend. Werden die Ergebnisse rechtzeitig kommen? Können wir im September mit dem Referendariat starten? Was passiert, wenn wir das Referendariat auf Probe beginnen können, dieses dann aber wieder abbrechen müssen?

Die Grund- und Mittelschullehrkräfte unter uns erhielten im Juli die Zuteilung ihrer Regierungsbezirke und Landkreise, wussten aber zu diesem Zeitpunkt teils noch nicht einmal, ob sie das Staatsexamen überhaupt bestanden haben. Vor welcher Situation die Referendar\*innen im Gymnasium und in der Realschule zu Schuljahresbeginn stehen, weiß zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels niemand. Wahrscheinlich wird es bis in die Sommerferien hinein dauern, bis weitere Informationen bezüglich Ergebnisse und Regierungsbezirk folgen.

Wir warten weiter – und hoffen. Schließlich ist es unser Traum, Lehrer\*in zu werden und da aktiv zu sein, wo wir gerade dringender denn je gebraucht werden – in den Schulen vor Ort.

**Der\*Die Autor\*in  
ist der Redaktion bekannt**

2 Die Note im Staatsexamen setzt sich zu 40 Prozent aus universitären Leistungen und zu 60 Prozent aus den Leistungen der Staatsexamensprüfungen zusammen. In den Erziehungswissenschaften (EWS) können schlechtere Ergebnisse im Examen durch gute universitäre Vorleistungen kompensiert werden, solange am Ende ein »bestanden« erreicht wurde. Im Fachexamen erfolgt eine andere Berechnung, das Staatsexamen muss bestanden werden und kann nicht durch Vorleistungen zu einem »bestanden« verbessert werden.

Studi-Demo in Berlin

# Ohne finanzielle Hilfe geht es für viele Studierende nicht weiter



Foto: Christopher Melf

Am 20. Juni fand in Berlin eine zentrale Demonstration der Studierenden statt. Auslöser waren die Bedingungen für eine staatliche Soforthilfe für durch die Corona-Pandemie in Not geratene Studierende, die von den Studierendenvertretungen scharf kritisiert werden.

Initiiert wurde die Demo vom Bündnis »Solidarsemester«, in dem auch der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW (BASS) vertreten ist.

## Demonstrierende machen ihrem Ärger Luft

Trotz Wind und Regen kamen ca. 350 Studierende aus ganz Deutschland zur Auftaktkundgebung auf den Washingtonplatz. Andreas Keller, stellvertretender GEW-Bundesvorsitzender und Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung, eröffnete sie unter dem Motto »Aus der Corona-Krise darf keine Bildungskrise werden« und forderte die Regierung zum Kurswechsel auf: »Es kann und darf nicht sein, dass die Politik die soziale Ungerechtigkeit in unserem Bildungssystem, die Deutschland schon heute zum Weltmeister in sozialer Auslese gemacht hat, weiter vertieft.«

Auch Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Partei die LINKE, wandte sich an die Studierenden. Sie wies darauf hin, dass derzeit zehn Mrd. Euro in die Rüstungsindustrie fließen und Firmen wie Lufthansa neun Mrd.

Euro vom Staat ohne Vorgaben geschenkt bekämen, während Studierende und Lehrende beinahe leer ausgingen.

Viele Vertreter\*innen der Studierenden hatten die Demonstration in unzähligen Telefonkonferenzen und trotz Corona-Pandemie und dadurch erschwerten Studienbedingungen geplant, um ein unüberhörbares Zeichen an Bundesministerin Karliczek zu senden. Als die Demo am Bildungsministerium vorbeizog, stimmten die Studierenden dann auch lautstark in die Sprechchöre »BAföG für alle, sonst gibt's Krawalle« und »Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Bildung klaut« ein.

Bereits vor der Demo sammelten wir vom Bündnis über 50.000 Unterschriften und verfassten einen offenen Brief<sup>1</sup>. Da die Hilfen erst seit Juni beantragt werden können, lautete auch hier der Grundtenor: Die Finanzhilfen sind lächerlich und kommen viel zu spät, denn bereits Mitte März hatten viele ihre Jobs verloren.

## Weitere Themen: Rassismus und Probleme in der Lehre

Angesichts des UN-Weltflüchtlings-tags, der auch auf den 20. Juni fiel, und der aktuellen rassistischen Morde in den USA, prangerte Angelo vom Anti-Rassismus-Referat der Universität Potsdam, der sich auch in der »Black Lives

Matter«-Bewegung engagiert, in seiner Rede an, dass das Prozedere der Vergabe der Hilfen nicht frei von Rassismus und Diskriminierung sei. So würden die Informationen zu ihrer Beantragung lediglich auf Englisch und Deutsch angeboten.

Neben der GEW beteiligte sich auch die DGB-Jugend an der Demonstration. Sonja Stark (DGB-Jugend Brandenburg) berichtete, dass alle acht Gewerkschaften hinter den Forderungen der Studierenden stünden. Die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg betonte das Versagen der Bildungsministerin – die Landesregierung hatte zuvor Nottelefone einrichten und kurzfristig finanzielle Hilfen bereitstellen müssen – und forderte, wie viele andere Studierendenvertreter\*innen auch, ihren Rücktritt.

Bei der Abschlusskundgebung solidarisierte sich ein Vertreter des Netzwerks für gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) mit den Forderungen des Bündnisses Solidarsemester. Gleichzeitig wies er auch auf die coronabedingte Lage der prekär beschäftigten Dozent\*innen hin, die ihre Lehrmaterialien und technische Ausstattung für das Homeoffice aus eigener Tasche bezahlen müssten. Darüber hinaus führe die Aussetzung des Präsenzlehriebetriebs zu unbezahlter Mehrarbeit, wohingegen in marode Banken regelmäßig Milliarden gesteckt würden.

Für die GEW sprachen abschließend noch Stefanie Sonntag, Referen-

<sup>1</sup> Offener Brief: Studieren in Zeiten von Corona – soziale Notlage gemeinsam bewältigen; vgl. fzs.de



tin im Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, und Sabrina Arneht, Bundessprecherin der Studentinnen und Studenten. Sie konzipierten ihren Redebeitrag als Grundlagenseminar »Bildungspolitik in der BRD für Anfänger\*innen«. Dabei stellten sie fest, dass Bildungsministerin Karliczek formal nicht an dem Grundlagenseminar teilnehmen könne, da der erfolgreiche Abschluss im Modul »Bildungs- und Chancengerechtigkeit in einer demokratischen Gesellschaft« vorausgesetzt werde. Dann folgte ein historischer Abriss zum BAföG<sup>2</sup>. In seiner Vorausschau auf das Jahr 2021, in dem dieses 50 Jahre alt wird, erinnerten sie an seine Anfänge: 1971 noch als Vollzuschuss für fast 50 Prozent der

2 Bundesausbildungsförderungsgesetz

Schüler\*innen und Student\*innen als Einladung zum Studium gedacht, bekämen es heute nur noch 12 Prozent der Studierenden. Die Hälfte davon ist ein zwar zinsloses, aber dennoch zurückzahlendes Darlehen.

Die beiden letzten Redebeiträge hielten Nadja vom Bundesausschuss Ausländischer Studierender (BAS) und Leonie vom Freien Zusammenschluss der Studierendenschaften (fzs). Nadja berichtete davon, dass jährlich ca. 300.000 ausländische Studierende nach Deutschland kämen. Davon sind viele vor gewaltsamen Konflikten aus ihren Ländern geflohen. Um ein Studium in Deutschland beginnen zu können, müssten sie aber über entsprechende finanzielle Mittel verfügen. Sie seien nun zwar dankbar, dass auch sie die Soforthilfe und die Kredite beantragen können,

doch entsprächen die Hilfen nicht ihren aktuellen finanziellen Sorgen.

Leonie vom fzs fügte hinzu, dass es auch Kritik über die Soforthilfen und Kredite hinaus gebe: So benutzen viele Universitäten für die Onlinelehre datenschutzrechtlich problematische Dienste wie ZOOM. Außerdem seien an mehreren Unistandorten »Online Proctored«-Prüfungen im Gespräch, bei denen Studierende während der Prüfung über die Webcam beobachtet werden.

von Florian Hahn

Landessprecher der Studentinnen und Studenten Bayern, Delegierter im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten, zweiter Sprecher der Fachgruppe Hochschule und Forschung München



## Solidarsemester – Initiative der Studierenden in »Corona-Zeiten«



Hochschulgruppe Bamberg in Aktion. Foto: Christopher Melf

Wegen der Corona-Pandemie verloren etwa 40 Prozent der Studierenden ihre Jobs. Viele von ihnen sind auf ihren Nebenjob angewiesen, um sich ihr Studium finanzieren zu können. Sie arbeiten z. B. in der Gastronomie oder auf Veranstaltungen – in Branchen also, die vom Lockdown besonders getroffen wurden. Während das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zwar recht früh angekündigt hatte, Studierende zu unterstützen, kam außer einem als zinslos angepriesenen KfW-Kredit lange nichts. Das Problem: Er muss vollständig zurückgezahlt werden und zinslos sind auch nur die ersten Monate. Wer den Kredit

beantragt, muss sich also verschulden und womöglich mehrere tausend Euro einschließlich Zinsen zurückzahlen. Diese Hürde nehmen nur wenige Studierende auf sich.

Ab Anfang Juni konnten Studierende dann endlich eine sogenannte »Überbrückungshilfe« beantragen. Hierfür hatte die Bundesregierung 100 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Die Studierendenwerke, die für die Bearbeitung der Anträge zuständig sind, können pro Antrag gerade mal 25 EUR berechnen. Es wurde also viel zu wenig Geld bereitgestellt, als dass man damit den rund 1 Mio. Studierenden, die ihren Job verloren haben, helfen könnte.

Wirklich überbrückt wird mit der Hilfe allerdings nicht viel. Wegen technischer Schwierigkeiten begann die Auszahlung erst Anfang Juli. Also über drei Monate nach Beginn der Corona-Krise. Zudem können nur Studierende, die maximal 500 EUR auf ihrem Konto haben, diese Hilfe beantragen. Um die Notlage nachzuweisen, müssen alle Kontoauszüge der letzten Monate eingereicht werden. Eine weitere Einschränkung: Wer noch 400 EUR auf seinem Konto hat, bekommt auch nur 100 EUR. Echte Hilfe sieht anders aus – die Überbrückungshilfe des BMBF ist Armut per Gesetz.

Um das nicht widerstandslos hinzunehmen, gründeten zahlreiche Organisationen der Studierenden auf Initiative des freien Zusammenschlusses von student\*innenschaften (fzs) den Zusammenschluss »Solidarsemester 2020«. Auf der Homepage (solidarsemester.de) findet ihr unsere Forderungen, für die es jetzt gemeinsam einzutreten gilt.

von Jacob Bühler

Vorstandsmitglied des freien Zusammenschlusses von student\*innenschaften (fzs)



# GEW-Empfehlungen zum Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz

Der Bundestag beschloss am 7. Mai 2020 ein Gesetz »zur Unterstützung von Wissenschaft und Studierenden aufgrund der Covid-19-Pandemie«. Nachfolgend eine kritische Betrachtung.

Die Schließung der bayerischen Universitäten am 10. März 2020 ließ zunächst viele Fragen offen. Auch die ministerielle Verpflichtung der bayerischen Hochschullehrer\*innen zur »Mitwirkung an Online-Angeboten« vom 31. März 2020 bot wenig mehr als den Verweis auf die mögliche Vielgestaltigkeit digitaler Lehre, versäumte es indes nicht, bei Nichterfüllen Pflichtverletzung zu unterstellen.

## Pandemiebedingte Notlagen

Unbeantwortet blieben dafür Fragen wie diese: Wird das Sommersemester grundsätzlich angerechnet? Wie müssen Prüfungen aussehen? Wie wird mit der Befristung von Qualifikationsstellen verfahren? Ein Positionspapier des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten (BASS) und des Bundesfachgruppenausschusses Hochschule und Forschung (BFGA HuF) der GEW nahm bereits am 6. April Stellung und forderte eine bestmögliche, flexible und den Nöten angepasste Lehre, Fristverlängerungen bei Abgaben von Arbeiten, Praxisphasen und die Aussetzung von Exmatrikulationen sowie finanzielle Nothilfen für Studierende einschließlich der Möglichkeit, Arbeitslosengeld II zu beziehen.<sup>1</sup>

Inzwischen hat sich manches geklärt. So hat sich die Onlinelehre eingespielt. Sie ist nun auch für das Wintersemester vorgesehen. Stipendien und Abgabefristen für Abschlussarbeiten wurden verlängert. Sonstige Prüfungen finden nahezu wie gewohnt statt, allerdings aus rechtlichen Gründen selten als reine Onlineprüfung. In der Regel werden Hausarbeiten oder Klausurantworten einfach elektronisch eingereicht. Mündliche Prüfungen – auch Disputationen – sind über Video und auch wieder als Präsenzprüfungen möglich, allerdings erst nach Genehmigung durch das jeweilige Dekanat.

## Neue gesetzliche Bestimmungen

Nicht alle Probleme lassen sich aber auf einfache Weise lösen, insbesondere dann nicht, wenn finanzielle Notlagen auftreten oder wissenschaftliche Qualifikationen auf dem Spiel stehen. Darauf hat der Bundestag inzwischen reagiert und im Mai einen Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD »zur Unterstützung von Wissenschaft und Studierenden aufgrund der Covid-19-Pandemie« als »Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz« (Drucksache 19/18699) angenommen.

In zwei Artikeln wird darin das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) und das Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAföG) anlassbezogen geändert: Zum einen kann die Befristung wissenschaftlicher Qualifikationsstellen pandemiebedingt um höchstens sechs Monate hinausgeschoben werden, zum anderen bleiben zusätzliche Nebeneinkünfte in »systemrelevante« Tätigkeitsbereichen für Studierende mit

BAföG-Bezug anrechnungsfrei. Naturgemäß lässt das Gesetz zu wünschen übrig; weitergehende Entwürfe und Änderungsanträge anderer Fraktionen fanden keine Beachtung.

## Bewertung der Lage durch die GEW

Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung der GEW, war im zuständigen Bundestagsausschuss als Sachverständiger nominiert. Grundsätzlich begrüßt die GEW die politische Initiative, Studierende und im Hochschulwesen Beschäftigte zu unterstützen, äußert aber auch deutliche Kritik: So sollten Hochschulen Zeitverträge mit betroffenen Wissenschaftler\*innen nicht nur um mindestens sechs Monate verlängern dürfen, sondern dazu verpflichtet werden, wenn jene dies wünschen. Zudem müssten auch studentische Beschäftigte in die Regelung einbezogen werden. BAföG sollte pauschal um mindestens ein Semester verlängert werden und für in Not geratene Studierende eine nicht rückzahlungspflichtige Soforthilfe bereitgestellt werden.<sup>2</sup> All dies fehlt nun im Gesetz.



**von Magnus Treiber**  
Mitglied der DDS-Redaktion

<sup>1</sup> Forderungen zum Schutz der Studierenden und Beschäftigten in Hochschule und Forschung in der Corona-Krise; Download: gew.de

<sup>2</sup> BAföG und Wissenschaftszeitvertragsgesetz: Regelung muss nachbessern!; vgl. gew.de

Hochschullehre digital

# Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dem ersten Corona-Semester



Foto: imago images / Panthermedial

**Die Umstellung auf digitale Lehre musste auch an Hochschulen innerhalb weniger Wochen bewerkstelligt werden. Meine Erfahrungen im digitalen Seminar: Seit Langem bestehende Schieflagen spitzen sich zu.**

## Wie sich digitale Lehre anfühlt

Freitagvormittag im Sommer 2020. Ich sitze am Schreibtisch des Wohn- und Arbeitszimmers meiner kleinen Wohnung, vor mir der Computerbildschirm. Er zeigt 20 Kästchen, in neun davon bewegen sich Köpfe, Schultern, ab und zu Hände. Einige der halben menschlichen Körper sind zwischendurch in Zeitlupe zu sehen oder verpixeln für ein paar Sekunden. Elf Kästchen enthalten kein Bewegtbild, sondern nur je zwei Initialen.

Ein Kasten zeigt meine obere Körperhälfte. Ich trage ein Headset, das

mich an den Ohrmuscheln schmerzt. Aber man hört mich damit besser und die Kopfhörer schlucken einen Teil der Baugeräusche von nebenan, wo zurzeit Küche und Terrasse erneuert werden. Hinter mir sind Fragmente meiner Wohnung zu sehen: ein Stück Bücherregal, die halbe Couch, die Zimmertür. Auf den anderen Videobildern deuten sich ähnliche Settings an. Ab und zu läuft jemand im Hintergrund durchs Bild, ein\*e Mitbewohner\*in, ein Kind.

Knapp 90 Minuten lang möchte ich mit 19 Studierenden ein Gedicht von Heiner Müller über den mythischen Sänger Orpheus diskutieren. Neben Dutzenden anderen Materialien konnten sich die Studierenden das Gedicht als PDF von einer Lernplattform herunterladen. Die Bibliotheken haben geschlossen. Mein heimisches Bücherregal ist zum Glück gut gefüllt. Mehrere Abende verbrachte ich mit Scannen und blank

liegenden Nerven: Nach einem Softwareupdate vertragen sich Scanner und Computer nur noch bedingt. Zu sehr ärgere ich mich nicht: Den Zeitverlust durch die Technik gleicht aus, dass ich im Moment nicht pendeln muss.

## Digitales Multitasking

Der digitale Seminarraum ist eine Herausforderung für meinen Sehsinn. In-die-Augen-Schauen lässt sich im Videogespräch durch einen Blick in die Kamera simulieren. Damit mir selbst Mimik und erhobene Hände meiner Gesprächspartner\*innen nicht völlig entgehen, schaue ich regelmäßig in die Galerie der Kästchen. So springen meine Augen hin und her zwischen Kamera, Bildschirm und den Unterlagen auf dem Schreibtisch.

Möglichst oft sollte ich auch in die Leiste mit den Namen der Teilnehmenden



den blicken. Dort blinken ab und zu kleine blaue Hand-Bildchen auf. So melden sich Studierende ohne Kamera zu Wort und die, deren echte Hände ich zu lange übersehe. Ab und zu schreibt auch jemand rechts unten etwas in den Chat. Obwohl sie von kleinen Ping-Lauten begleitet werden, sehe ich die Nachrichten oft erst gegen Ende der Sitzung. Mein digitales Multitasking hat Grenzen.

Nach dem Seminar brummt mir der Kopf, währenddessen bin ich vom Meeting regelrecht absorbiert. Allerdings brauche ich gefühlt 50 Prozent meiner Aufmerksamkeit für die Koordination. Inhaltlich schaffen wir nach meinem Empfinden weniger als in der Präsenzlehre. Es gelingt mir weniger gut, für die Texte zu begeistern. Die Gefahr, dass Diskussionen zerfasern, erscheint mir größer. Wenn während der Sitzung der Paketbote klingelt oder das Nachbarkind ans Fenster klopft, verliere ich den Faden.

## Wie geht es den Studierenden?

Von den 19 Studierenden beteiligen sich vier aktiv am Gespräch, vier weitere wirken zumindest interessiert, über die elf ohne Video kann ich wenig sagen. Die Gründe dafür, dass sie fast durchweg schweigen und sich nicht zeigen wollen, sind vermutlich vielfältig: fehlende technische Voraussetzungen, Schüchternheit, manchmal sicher auch mangelnde Vorbereitung. Der Eindruck vom Seminarkollektiv stellt sich bei mir nicht ein, bei den Studierenden mutmaßlich ebenso wenig. Vor Corona hatte ich für den Kurs einen gemeinsamen Archivbesuch, einen Theaterabend und einen Gastvortrag mit gemeinsamem Mittagessen organisiert. Nichts davon ließ sich realisieren.

Um wenigstens einige Verluste aufzufangen, gibt es individuelle Schreibaufgaben und angeleitete digitale Gruppenphasen. Beides klappt gut, kostet mich aber viel Zeit. Die Struktur meiner Kurse ist didaktischer als in früheren Semestern: Ich lade laufend Hinweise, Hilfestellungen und Zusatzmaterialien hoch, versuche mehr Austausch unter den Studierenden anzuregen. Ein Großteil der Angebote bleibt vermutlich ungenutzt. Dass alle jetzt mehr Zeit haben, ist ein Mythos.

Nach dem Seminar findet meine Videosprechstunde statt. Erschreckend

viele Studierende aus dem letzten Semester, darunter sehr gute, kämpfen seit Wochen mit dem Abschluss ihrer Hausarbeiten, blockiert durch Ängste, Einsamkeit, geschlossene Bibliotheken. Mit den Studierenden aus den aktuellen Kursen spreche ich über Hausarbeitsthemen, über den Ablauf digitaler mündlicher Prüfungen, biete Unterstützung bei der Literaturbeschaffung an. Von vielen sehe ich in den Zweiergesprächen zum ersten Mal ein (häufig ruckelndes) Videobild, höre eine (häufig abgehackte) Stimme. Schnell ist die nächste Stunde um, die ich im digitalen Raum verbringe. Nach einer Mittagspause unterrichte ich meinen zweiten Kurs. Ich bewege mich auf das Ende meiner Habilitationsphase zu und brauche möglichst viele lange Schreibtage, weshalb ich die Lehre auf einen Tag gelegt habe. Die Vorbereitung mache ich vor allem abends und am Wochenende.

## Die Uhr tickt

Im Hinterkopf meldet sich die Frage, ob ich das mühsam eingeworbene Forschungsstipendium in den USA im Oktober werde antreten können und falls nein, wie es im Herbst für mich weitergeht: Kann ich meine aktuelle Stelle doch noch kurzfristig verlängern? Wer prüft eigentlich meine Studierenden, wenn sie ihre Leistungsnachweise aufgrund der aktuellen Lage erst im neuen Semester erbringen können? Prüfungsrechtlich sind die Verlängerungen an meiner Hochschule geklärt, arbeitsrechtlich nicht.

Sollte ich mich besser auf den Abschluss der Habilitation konzentrieren und das Stipendium im Homeoffice antreten? Das Ende meiner maximalen Befristungsdauer rückt näher. Hinzu kommt die Befürchtung, dass in den nächsten Jahren noch weniger Professuren ausgeschrieben werden, und die Frage, wann es zu spät sein könnte, ein Kind zu bekommen. Ohne Auslandszuschlag liegt das Stipendium bei rund 1.700 EUR. Das reicht nicht für die teure Münchner Miete, für die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung und die anderen Lebenshaltungskosten.

## Corona als Brennglas

Meine Erfahrungen und Sorgen sind ein winziger Ausschnitt aus einem weiten Feld. Gespräche mit Kolleg\*innen

und Medienbeiträge zum Thema zeigen je nach Karrierestufe, Vertragsverhältnis und privater Lebenssituation Ähnliches oder Drastischeres. In allen Fällen offenbart sich das Virus nicht als Auslöser der Schwierigkeiten, sondern als ihr Verstärker: Auch für die Lage an den Universitäten wirkt Corona wie ein Brennglas.

Der Zugang zur Lehre und ihre Qualität hängen im Moment mehr denn je von der Wohn- und Lebenssituation und der technischen Ausstattung wie digitalen Weiterbildung der Beteiligten ab. Für die Lehrenden sind hier die Vertragsverhältnisse und Perspektiven an den Hochschulen ausschlaggebend. Wer befristet beschäftigt ist – das sind fast 90 Prozent des wissenschaftlichen Personals an den Universitäten –, wer sich zugleich qualifiziert und am Lebenslauf feilt, vielleicht Kinder betreut, beengt wohnt, nicht gern digital kommuniziert, hat es gerade noch viel schwerer, gute Lehre zu geben, und/oder büßt nebenbei massiv an Forschungszeit und Privatleben ein. Selbst wo diese Faktoren nicht zutreffen, bleibt das Problem gelungener digitaler Kommunikation komplexer Inhalte.

## Universitäten könnten Orte kritischer Öffentlichkeiten sein

Alle betrifft der drohende Kulturwandel an den Universitäten durch die Digitalisierung. Da auch im Wintersemester noch fast überall digital gelehrt werden soll, haben mehr als 5.800 Lehrende an deutschen Hochschulen den Aufruf »Zur Verteidigung der Präsenzlehre« unterzeichnet, der die Rolle der Universitäten als Orte kollektiver Kopräsenz für die Erzeugung kritischer Öffentlichkeiten hervorhebt.

Dass diese Rolle angeknackst ist, hat indes weitere Gründe, die vor der Krise schon bestanden: das außer Kontrolle geratene Befristungswesen, der enorme Publikations- und Drittmitteldruck, die teils katastrophale Gebäudesituation, die Korsette der Modularisierung, Qualifizierung und Projektförmigkeit. Der Schaden ist längst angerichtet. Was bleibt, ist die Pflicht für Politik und Hochschulen, ihn zu verringern.

**von Sandra Fluhrer**  
Literaturwissenschaftlerin  
an der FU Berlin und FAU  
Erlangen-Nürnberg



# Digitalisierung an Universitäten – erste persönliche Erfahrungen



Die Corona-Pandemie verändert auch die Lehre und Forschung an den Hochschulen. Auch dort muss vieles auf »digitale Füße« gestellt werden, um den Betrieb unter anderen Voraussetzungen fortsetzen zu können.

Betrachtet man erste Erfahrungen mit der den Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen aufgezwungenen Digitalisierung, so kristallisieren sich zwei wesentliche Bereiche heraus: zum einen die Erfahrung, die von der individuellen Arbeitssituation und persönlichen Prägung abhängig ist, und zum anderen die gesellschaftlich relevante, über persönliche Situationen hinausgehende Digitalisierung aller Lebensbereiche.

Wenngleich sich die individuellen Erfahrungen stark voneinander unterscheiden mögen, so lassen sich dennoch einige markante Aspekte sowie deren positive wie auch negative Auswirkungen hervorheben.

## Zunehmende Bildungsungerechtigkeit

Bereits vor der Corona-Pandemie benachteiligte Menschen bekommen die Spaltung der Gesellschaft nun noch mehr zu spüren. Wir Dozent\*innen sehen fast täglich, wie sowohl Studierende aus weniger privilegierten Verhältnissen als auch prekär beschäftigte Kolleg\*innen nicht länger mithalten können und aus dem System Hochschule fallen.

Hier sind einerseits die Institutionen gefordert, notwendige Ressourcen

bereitzustellen, um die grundlegenden Prämissen der Grundrechte einhalten zu können. Über solche materiellen Hilfen hinaus ist andererseits unsere Solidarität gefragt. Wo der Staat nicht ausreichend zu handeln vermag, erleben wir eine bewegende Sensibilisierung gegenüber den systematischen Ungerechtigkeiten. Wir merken, was wirklich wichtig ist.

## Höherer Zeitaufwand

Der Wegfall einer vollständigen »Anwesenheits«-Kommunikation erfordert von Lernenden und Lehrenden nicht nur zu Beginn der Umstellung einen deutlich höheren Zeitaufwand. Dieser ist einerseits den Schwierigkeiten, sich im häuslichen Umfeld nur auf die Arbeit zu konzentrieren, und andererseits dem Fehlen der gewohnten Arbeitswerkzeuge und Ressourcen geschuldet. Sind aber die ersten Schwierigkeiten überwunden, kann sich aus dieser Ausgangslage durchaus eine tiefgründige Auseinandersetzung mit den jeweiligen Bildungsinhalten ergeben. Da die Herangehensweise aber eine andere ist, benötigen wir neue Blickwinkel und Perspektiven, um diese greifbarer, verständlicher und spannender darzustellen.

## Qualität der Lehre

Demgegenüber leidet allerdings die Qualität der Lehre unter der wesentlich einfacheren Möglichkeit, in Prüfungen bloße kognitive Inhalte abzufragen (Multiple Choice, Lückentexte), wie es

bei Onlineprüfungen auch schon vor Corona oft der Fall war, und ausschließlich dafür gute Noten zu vergeben. Leider hat sich dieses Verständnis der Wissenskontrolle bereits in den Köpfen vieler Studierender festgesetzt. Gute Dozent\*innen werden trotz der gegebenen Beschränkungen versuchen, das »Lernen für das Leben« und den verantwortungsvollen, differenzierenden und (selbst)kritischen Umgang mit vielfältigen Inhalten in den Mittelpunkt ihrer Lehre zu stellen und kritisches Denken zu fördern.

## Auswirkungen auf den Arbeitsplatz

Vorgesetzte, die Transparenz, Integrität und Chancengleichheit nicht gebührend beachten, können im digitalen Arbeitsalltag unbequeme Kolleg\*innen etwa durch die Einschränkung der Zugriffe auf die notwendige Technik und Informationen noch leichter ausgrenzen bzw. über gezwungenermaßen offengelegte Informationen Machtverhältnisse und Kontrollmechanismen verschärfen. Zudem erlauben es digitale Besprechungen, Arbeits- und Koordinationsprozesse fachlich vielleicht weniger kompetenten, dafür technisch versierteren Kolleg\*innen zu übertragen, Diskussionen einzuschränken und das Arbeitsklima zu beschädigen.

In gut funktionierenden Institutionen gilt jedoch das Gegenteil: Im Sinne eines kollaborativen, also kollegialen Arbeitens hat jede\*r gleichermaßen Zugang zu wichtigen Informationen.

Lerninhalte werden immer wieder gemeinsam überprüft, kritisch in Frage gestellt und neu durchdacht.

## Größte Schwächen der digitalen Lehre

Dringlich bleiben für Lehrende und Lernende konkrete alltägliche Probleme: Lehrkräfte, die keine zusätzliche Zeit aufwenden können (oder wollen), leisten derzeit weniger. Die Lehre wird dadurch oberflächlicher oder fällt ganz aus. Insbesondere prekär beschäftigte Lehrkräfte leiden unter wirtschaftlicher Unsicherheit, sind frustriert und haben wenig Möglichkeiten und Mittel, sich zur Wehr zu setzen. Vorzüge, die die Digitalisierung auch mit sich bringen mag, können sie kaum nutzen.

Mit Blick auf Studierende erlebe ich, teils begeistert, teils überfordert, wie ich mit E-Mails von Studierenden überschüttet werde. Diese, von überkommenen Strukturen befreit, bewegen sich selbstsicher in einer digitalen Umwelt ohne Hierarchien, versuchen Neues und probieren anderes aus. Sie forschen kreativ und bitten interessiert um Rückmeldungen. Allerdings gehören diese Studierenden meist zu den Privilegierten.

Andere bleiben trotz anfänglichen Schwungs nach mehreren Versuchen, mit der neuen Situation klarzukommen, sich technisch auszurüsten und selbst zu organisieren, leider auf der Strecke und können all diese Herausforderungen allein kaum bewältigen. Hier sind die Lehrenden besonders gefragt, aber leider auch oft chancenlos.

Digitalisierung per se ist nicht falsch, sie ist aber auch nicht vorbehaltlos gut; es hängt von uns ab, wie wir sie einsetzen. Wenn wir jedoch nicht eine noch ungerechtere Gesellschaft schaffen wollen, müssen wir an vielen Stützpfälern des Ausbildungssystems grundlegende Veränderungen vornehmen: Zugangsmöglichkeiten zur Bildung müssen erleichtert und notwendige Voraussetzungen für alle Beteiligten geschaffen werden. Digitalisierung darf auf keinen Fall den Algorithmen, die nur den Profit, die Leistung berechnen, überlassen werden. Wir benötigen eine tiefere philosophische Auseinandersetzung mit uns selbst und unserer Rolle in Welt und Umwelt.

Digitalisierung kann Chancen eröffnen und uns den Alltag erleichtern,

jedoch nur, wenn wir es schaffen, sie als Mittel und nicht als Zweck zu implementieren, ihre Vorzüge clever für alle zu nutzen und sie nicht in die Hände der Mächtigen zu übergeben. Digitalisierung muss in den Dienst der Gesellschaft gestellt und all ihren Mitgliedern zugänglich gemacht werden, damit diese frei, kooperativ und fernab zerstörerischer Auswirkungen an zukunftswei-

senden Entscheidungen teilnehmen können.

von

**María José Pérez Chillón**

Mitarbeiterin des Sprachenzentrums der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)



### GEW Bayern und Medien

#### Pressemitteilungen der GEW Bayern seit Juni 2020

- GEW stellt To-do-Liste für das Kultusministerium zum neuen Schuljahr auf – PM 33 v. 16.6.2020
- Regelbetrieb in allen Schulen? GEW reagiert auf irritierende Meldungen aus dem Kultusministerium – PM 34 v. 24.6.2020
- Abschlussprüfungen an den Schulen: GEW Bayern kritisiert Durchbrechung der Quarantänevorschriften durch Regelung des Kultusministeriums – PM 35 v. 1.7.2020
- GEW: »Politik muss Hygienestandards an Schulen sicherstellen« – GEW stellt Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Hygiene an Schulen vor – PM 36 v. 2.7.2020
- Die GEW zum neuen Schuljahr: Die Schulanfänger\*innen nicht vergessen! – PM 37 v. 16.7.2020
- »Erhobener Zeigefinger« statt Unterstützung – PM 38 v. 21.7.2020
- GEW übt erneut scharfe Kritik am mangelhaften Arbeits- und Gesundheitsschutz für staatliche Schulen in Bayern – PM 39 v. 24.7.2020

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de)

#### GEW-Kolleg\*innen zum Nachhören

»Radio Lora« ist ein Münchner Community Radio. Unsere Kollegin Beate Stoelzel verantwortet dort die Sendungen zu Bildungsthemen. Dafür interviewt sie u. a. auch GEW-Kolleg\*innen. Auf dem Audioportal Freier Radios können sie nachgehört werden:

- »UNS REICHT'S – breiter Protest gegen die drohende Mehrarbeit an bayerischen Schulen« (6.2.2020) u. a. mit Christiane Wagner: [freie-radios.net/99763](http://freie-radios.net/99763)
- »Die Grenzen von Social Distancing« und »die Situation von Betreuer\*innen in KITAS aus arbeitsrechtlicher Sicht« (3.6.2020) u. a. mit Wolfram Witte und Mario Schwandt: [freie-radios.net/102760](http://freie-radios.net/102760)
- »Sommersemester 2020 virtuell – die Unis im Corona-Stress« (2.7.2020) u. a. mit Patrick Weißler und Eduard Meusel: [freie-radios.net/103243](http://freie-radios.net/103243)
- »Jetzt Bildungsteilnahme von Geflüchteten sichern« (18.7.2020) u. a. mit Doris Weber: [freie-radios.net/103480](http://freie-radios.net/103480)

Anzeige



**Klinik am  
Leisberg**  
BADEN-BADEN





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießerküche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8  
76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de

## Plädoyer für die offene Diskussion

# Was Wissenschaft heute gefährdet und wie sich damit umgehen lässt



Foto: imago images / Alexander Pohl

Müssen sich Wissenschaftler\*innen zukünftig hinter Pseudonymen verstecken, um in postliberalen Zeiten Thesen und Theorien zu publizieren? Nach privaten und öffentlichen Anfeindungen gegen Wissenschaftler\*innen – etwa gegen den Physiker Harald Lesch, der die Klimapolitik der AfD kritisierte – drängt sich dieser Eindruck auf.

Um kurz an Trivialitäten zu erinnern: Wissenschaft ist und bleibt die (ziemlich großartige) Arbeit von Menschen. Und zwar von gut ausgebildeten und universitär sozialisierten Individuen, die in kommunikativen Zusammenhängen gesichertes Wissen erzeugen – und zwar durch mehr oder minder komplexe Verfahren mit regelgeleiteten Prozedu-

ren und methodischen Überprüfungen. Um verlässliche Erkenntnisse zu gewinnen, investieren Wissenschaftler\*innen die wichtigsten (und knappsten) Ressourcen, die wir Menschen haben: Zeit und Aufmerksamkeit. Die so erzeugten Einsichten müssen publiziert und den Angehörigen der Scientific Community zugänglich gemacht werden. Denn wie wohl nur wenige andere gesellschaftliche Praktiken sind die Arbeitsformen der methodischen Erkenntnisproduktion auf wechselseitige Beobachtung abonniert.

Mit anderen Worten: Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen unter dem Namen ihrer Produzent\*innen ist essenzieller Bestandteil wissenschaftlicher Arbeit. Denn Forscher\*in-

nen dokumentieren damit nicht nur ihre mühsam errungenen Resultate, sondern markieren zugleich ihre Positionen in einem Feld, auf dem sich stets auch andere Akteur\*innen tummeln. Schließlich und nicht zuletzt geht es auch im Wettbewerbssystem Wissenschaft um Prioritäten und damit verbundene Gewinnchancen: Wer bei der Entwicklung von Algorithmen oder bei der Synthese neuer Materialien die Nase vorn hat, streicht sowohl das symbolische Kapital des\*r Innovators\*in als auch ökonomische Vorteile ein.

Dabei gilt das schon aus dem Neuen Testament bekannte Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Wer bereits eine gewisse Aufmerksamkeit (und damit verbundene Ka-



pitalien) gewonnen hat, erhält noch mehr. Kleine Differenzen in den Startbedingungen können sich so zu gravierenden Diskrepanzen entwickeln. Gerade junge Wissenschaftler\*innen brauchen Publikationen, um ihren erfolgreichen Verbleib in der Wissenschaft zu sichern. Bedingung dafür bleiben Identität und Visibilität von Wissenschaftsakteur\*innen: Forscherinnen und Forscher, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer müssen bekannt und sichtbar sein, um ihre Wissensansprüche behaupten und als innovative Eigenleistungen geltend machen zu können. Die Bekanntheit des eigenen Namens ist an diese unabdingbaren Markierungsfunktionen geknüpft. Kann im Falle unter Pseudonym veröffentlichter Ergebnisse immerhin zu einem späteren Zeitpunkt ein erhabener Wissensanspruch als Eigenleistung reklamiert werden – so wären die Folgen fatal: Aus Furcht vor öffentlichen Reaktionen ducken sich Forscher und Forscherinnen weg. Sie bringen ihre Thesen und Theorien vor, wollen dafür jedoch nicht als sichtbare Personen einstehen und angegriffen werden.

## Empfindungen, Erhebungen, Explorationen

Die Furcht von Forschenden und Lehrenden vor öffentlichen Angriffen ist nicht unbegründet. Auch wenn anders als in den USA hierzulande Ovids »Metamorphosen« oder Shakespeares »Kaufmann von Venedig« ohne Warnhinweise gelesen werden können, sind deutsche Universitäten ebenfalls zum Kampfplatz geworden. Gerade hier aber teilen politisch vielleicht andersdenkende Menschen ein gemeinsames Interesse, die wissenschaftliche, also offen-kritische Diskussion. Diese ist ein hohes Gut und sollte nicht vorschnell zur Disposition gestellt werden. Der durchaus provokante, inzwischen emeritierte Ideenhistoriker Herfried Münkler sah sich einer öffentlichkeitswirksamen Beobachtung ausgeliefert, die seine universitären Vorlesungen auf einem Blog mit globaler Verbreitung kommentierte und kritisierte.<sup>1</sup> Als signifikant muss diese Vorführung auch deshalb gelten, weil die von Münkler

theoretisch reflektierte »asymmetrische Kriegsführung« nun ihn selbst traf: Die Observator\*innen von »Münkler-Watch« blieben – trotz seiner mehrfachen Bitten und Forderungen um offene Diskussion – anonym und also gesichtslose Gegenspieler\*innen, deren Aktionen bis zu medialer Aufmerksamkeit und dem Besuch der ARD im Hörsaal führten. Aufschlussreich begründeten die Münkler-Beobachter\*innen die Wahrung ihrer Anonymität mit dem Hinweis auf den drohenden Verlust von Chancen innerhalb des Universitätssystems: Was darauf hindeutet, dass sie trotz ihrer Aversionen gegen die von ihm präsentierte Wissenschaft in ihren Mauern verbleiben wollten. Warum?

Der individuellen Betroffenheit von Akteur\*innen stehen quantitative Daten und soziologische Erhebungen gegenüber, die ein anderes Bild der gesellschaftlichen Haltung zur Wissenschaft zeigen. Zum einen verfügen wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland prinzipiell über ansehnliche Mittel (auch wenn der Etat der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Höhe von 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2018 nicht einmal die Hälfte der Baukosten des Berliner Flughafens BER ausmacht). Zum anderen belegt das »Wissenschaftsbarometer 2019« ein relativ hohes Interesse an Wissenschaft und Forschung sowie ein nicht zu unterschätzendes Grundvertrauen der Bevölkerung: Rund die Hälfte der Befragten einer repräsentativen Umfrage glaubt den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit – und demonstriert damit ein deutlich höheres Vertrauen in die Forschung als in Wirtschaft, Medien und Politik. Nun lässt sich auch dagegen sicher einwenden, dass die Organisation »Wissenschaft im Dialog« (WiD) als gemeinnützige Organisation der deutschen Wissenschaftsverbände so etwas wie eine Lobbyagentur und den Interessen dieser Institutionen verpflichtet sei: Dennoch sollte die verbreitete Wertschätzung von Wissenschaft nicht abgetan werden.

## Richtige Reduktionen

Doch warum kommt es trotz dieser Akzeptanz von Wissenschaft und gesellschaftlicher Alimentierung zu Irritationen? Wie kann es passieren, dass ein britischer Justizstaatssekretär auf die Frage von Journalist\*innen

nach den abratenden Brexit-Voten von Wirtschaftsexpert\*innen mit dezidierter Wissenschaftsfeindlichkeit kontert: »Was sagen Sie dazu, dass der weit überwiegende Teil der britischen Gesellschaft von Experten die Nase gestrichen voll hat?« Was läuft falsch?

Die Dimensionen dieses Problemfeldes lassen sich hier nicht einmal andeuten. Deshalb nur knapp: Offenkundig haben sich die Expert\*innenkulturen von Wissenschaft und Forschung einerseits und die kulturell diversifizierten Sektoren der Öffentlichkeit andererseits so weit auseinanderentwickelt, dass Kommunikationen zwischen ihnen schwierig geworden sind. Katalysator und Ergebnis dieser Differenzierungsprozesse sind jene intrinsischen Spezialisierungen, die zum Wesen des modernen Wissenschaftsbetriebs gehören und seinen viel beschworenen Fortschritt ermöglichen: Arbeitsteilige Prozesse bei der Beobachtung und Beschreibung von Umweltausschnitten führen zu immer höherem Auflösungsvermögen und genaueren Observationen; zugleich sinken die Chancen zur Re-Integration dieser Wissensbestände in übergreifende Aussagen und weltanschauliche Deutungen. Doch gerade deshalb bleiben »richtige Reduktionen« (so Niklas Luhmann) überlebensnotwendig: Es muss gelingen, die Ergebnisse wissenschaftlicher Explorationen – die heute wichtiger als je zuvor sind – in angemessener Weise zu kommunizieren und die Diffusion von Wissen auch in breite Bevölkerungskreise zu realisieren.

Denn nur, wenn wir die Prozesse unserer natürlichen, sozialen und kulturellen Welt in ihrer Komplexität beobachten und beschreiben und vielleicht auch erklären können, haben wir eine Chance, als Gattungswesen zu überleben. Interessanterweise wird uns diese Einsicht von einem 16-jährigen Mädchen vermittelt, das ihr Gesicht zeigt und ihren Namen nennt, wenn sie auf ihrer schwarzen Jacke die triviale und dennoch wichtige Botschaft um die Welt trägt: »Unite behind the science.«

**von Dr. Ralf Klausnitzer**  
wissenschaftlicher Mitarbeiter  
am Institut für deutsche  
Literatur der Humboldt-  
Universität Berlin



<sup>1</sup> Vgl. Darstellung des Falles: »Zwischen Krösus und Kontroversen« vom 18.5.2018 auf campus-mainz.net

# »Die Neue Ordnung« – eine wissenschaftliche Zeitschrift driftet nach rechts ab

Die Zeitschrift »Die Neue Ordnung« galt lange als Plattform für die wissenschaftliche Debatte in der katholischen Sozialethik bei gleichzeitiger CDU-Nähe. Dann änderte sie den Kurs und bog scharf nach rechts ab. Anfang 2019 zog die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik im deutschsprachigen Raum die Reißleine. Sie sprachen der Zeitschrift ihre Wissenschaftlichkeit ab und distanzierten sich von ihr.

Alle aktiven Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft (AG) Christliche Sozialethik wollten im Februar 2019 nicht mehr länger tatenlos zusehen, wie die Zeitschrift »Die Neue Ordnung« und vor allem ihr Herausgeber, der Dominikanerpater und emeritierte Professor für christliche Soziallehre Dr. Wolfgang Ockenfels, der auch im Kuratorium der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« sitzt<sup>1</sup>, immer weiter in ein »extrem rechtes Fahrwasser«<sup>2</sup> abdriftet und in entmenslichender Sprache über Andersdenkende, Muslim\*innen und Geflüchtete berichtet. Auch das Konzept der Inklusion, die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten sowie die Medien im Allgemeinen, die angeblich nur Lügen verbreiten, werden in der Zeitschrift wiederholt diskreditiert. Rechtspopulistische Narrative dominieren ebenso Artikel zum Klimawandel und zur Gendergerechtigkeit.

## Distanzierung der Sozialethiker\*innen

Entsprechend pointiert fiel die Erklärung aus, die die Sozialethiker\*innen auf ihrer Jahrestagung beschlossen: »Wir anerkennen, dass es notwendig ist, sich auch mit den Positionen des Rechtspopulismus und der extremen Rechten auseinanderzusetzen. Wer aber deren

Stereotype und Ressentiments reproduziert, deren Ausgrenzungen und Abwertungen kritiklos übernimmt und deren Politik der Skandalisierung und Empörung verstärkt, stellt sich außerhalb der Grenzen eines seriösen Fachdiskurses der katholischen Sozialethik.« Außerdem weisen sie darauf hin, dass sie selbst nichts mehr in der Zeitschrift veröffentlicht werden, und sie hoffen, ihre Kolleg\*innen der Theologie, der Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften würden es ihnen gleichtun. Gleichzeitig empfehlen sie wissenschaftlichen Bibliotheken, die Zeitschrift künftig nicht mehr einzustellen. Die Erklärung verstehe sich als Grenzziehung gegenüber einem Organ, das aufgrund rechtspopulistischer Inhalte nicht mehr als Instrument eines wissenschaftlichen Diskurses fungieren könne, erklärt Prof. Dr. Bernhard Emunds, Theologe und Ökonom vom Oswald-von-Nell-Breuning-Institut in Frankfurt, in einer Dokumentation über den Fall.<sup>3</sup>

Warum diese Grenzziehung notwendig war, verdeutlicht ein beispielhafter Artikel aus der Zeitschrift: Hans-Peter Raddatz, islamophober Orientalist, der seit Jahren in jeder Ausgabe der »Neuen Ordnung« schreibt, veröffentlichte im April 2018 einen Artikel, in dem er fürchtet, Deutschland werde von Muslim\*innen überflutet, es gebe einen »Deutschland-Tsunami«, ausgelöst von Muslim\*innen, der das Land mit einer »historisch einmaligen Masse von 2 Millionen Orientalen und Afrikanern überschwemmt«<sup>4</sup>.

Dass sich demgegenüber weite Teile der katholischen Kirche klar gegen rechts positionieren, zeigt eine »Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen«, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: »Wie die Geschichte

lehrt, müssen gegenüber einer Politik, die auf Hass und Abwertung setzt, rasch und entschieden klare Grenzen gezogen werden. Es gibt Grenzen, die um der Menschenwürde, der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen nicht überschritten werden dürfen.«<sup>5</sup>

## Rechtspopulist\*innen schlüpfen in die Opferrolle

Gleichzeitig löste die Erklärung der Sozialethiker\*innen auch heftige Gegenreaktionen aus, die z. B. darin gipfelten, dass der emeritierte Prof. Dr. Manfred Spieker, bekannt auch als Gegner des Entwurfs der bayerischen Sexualrichtlinien für die Schule, meinte, ihre Forderungen würden ihn an die Aufforderung »Bei Juden kauft man nicht« oder an eine Bücherverbrennung« erinnern.<sup>6</sup> Auch der emeritierte Prof. Dr. Lothar Roos folgte diesem Vergleich und führte gleich noch einen zweiten an: die römische Inquisition.<sup>7</sup> Den letztgenannten Vorwurf bemühte auch Josef Kraus, ehemaliger Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), auf »Tichys Einblick«, einer nationalkonservativen Plattform im Internet. Er bezeichnet dort die Sozialethiker\*innen als »Epigonen« der 68er\*innen, die den »Ehrenkodex«, dass man sich mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen hätte, nie akzeptiert hätten. »Gesinnungsethik« – ein weiterer Vorwurf von Kraus. Sein Blogbeitrag endet mit einem für Rechtspopulist\*innen typischen Rundumschlag: »Hier greift der Gesinnungsfuror einer neuen Inquisition um sich, die sich statt auf Dialog und nachvollziehbare Begründung auf Diskreditierung und Boykott gründet. Die »Antifa« dürfte ihre helle Freude daran haben.«

1 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Die »skandalösen« Katholiken der AfD-nahen Stiftung; vgl. fr.de v. 20.7.2018 und erasmus-stiftung.de/kuratorium (zuletzt abgerufen am 21.7.2020)

2 Erklärung der AG Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift »Die Neue Ordnung«; christliche-sozialethik.de

3 Bernhard Emunds: Die Neue Ordnung – auch ein Sprachrohr des katholischen Rechtspopulismus. Dokumentation eines Konflikts; sankt-georgen.de

4 Hans-Peter Raddatz: Letzte und vorletzte Dinge im System des Islam. II.: Allahs Endzeitplan für die Weltherrschaft. Vgl. die-neue-ordnung.de v. April 2018

5 Download: dbk-shop.de

6 Debatte um christliches Magazin. Neue Ordnung, rechte Ordnung? Vgl. deutschlandfunk.de v. 27.3.2019

7 Sebastian Sasse: Neue Ordnung: Auf der schwarzen Liste; vgl. die-tagespost.de v. 27.3.2019

Dr. Axel Bernd Kunze, pädagogisch-didaktischer Leiter der evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik, spricht in einer Publikation der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands gar vom Versuch der »Säuberung«.<sup>8</sup> Widerspruch erfährt er sogleich von Alexander Filipović, Theologe und Medienethiker an der Hochschule für Philosophie in München: »Niemand kann und will etwas verbieten oder »säubern«, jede Sozialethikerin und jeder Sozialethiker ist frei, das in Frage stehende Organ zu lesen, darin zu schreiben oder zu beziehen. ... Ich finde den Aufruf der »AG Christliche Sozialethik« gut und richtig – gerade in diesen Zeiten. Er ist sicher mutig, provoziert Widerspruch, ist aber an wissenschaftlicher Qualität ausgerichtet und stellt sich mit Haltung gegen eine gefährliche politische Ideologie.«<sup>9</sup>

8 Axel Bernd Kunze: Es geht um die Freiheit. In: GKP-Informationen v. Mai 2019, S. 6

9 Alexander Filipović: »Haltung gegen eine gefährliche Ideologie«. In: GKP-Informationen v. Mai 2019, S. 7

## Haltung gegen rechts ist unumgänglich

Am 12. Juni wird dann ein offener Brief aus dem Umfeld der Zeitschrift »Die Neue Ordnung« mit 60 Unterschriften in der Zeitschrift »Die Tagespost« veröffentlicht, in dem sie getrost auf den Deutschen Hochschulverband verweisen können, der sich in seiner allgemeinen Resolution zur Debattenkultur<sup>10</sup> windet und eine klare Haltung gegen rechts mehr als vermissen lässt. Außerdem würden Belege für die Vorwürfe gegen die Zeitung fehlen.<sup>11</sup> Diese reichen die Professor\*innen Bernhard Emunds, Marianne Heimbach-Steins (Theologin und Sozialethikerin/Uni Münster), Gerhard Kruij (christlicher Anthropologe und Sozialethiker/Uni Mainz) und

10 Kempfen: Freie Debattenkultur muss verteidigt werden. Vgl. hochschulverband.de

11 Die Würzburger Zeitung »Die Tagespost« bezeichnet der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Thomas Sternberg ebenso wie das Internetportal »kath.net« im Dezember 2019 als Beispiele für »einige scharf agierende kirchliche Medien«. Vgl. katholisch.de v. 18.12.2019

Christof Mandry (Moraltheologe und Sozialethiker/Uni Frankfurt) in einer weiteren Stellungnahme nach. Außerdem halten sie fest: »Rechte Hetze und die zunehmende Verharmlosung politischer Gewalt haben ein beunruhigendes Ausmaß angenommen. Sie senken die Akzeptanzschwelle für politisch motivierte Gewalttaten und tragen zu einer Verrohung des gesellschaftlichen Klimas bei. Verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, nicht zuletzt wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, können nicht tatenlos beiseite stehen.«<sup>12</sup>



von  
**Dorothea Weniger**  
DDS-Redaktionsleiterin

12 Bernhard Emunds, Marianne Heimbach-Steins, Gerhard Kruij, Christof Mandry: Für substanziellen Dialog und wissenschaftlichen Diskurs. Vgl. christliche-sozialethik.de v. 3.7.2019

## GEW Bayern: Projekt »Mädchenberufsschule in Kobanê« geht in die nächste Phase

Das von der GEW Bayern unterstützte/geförderte Projekt zum Bau einer Mädchenberufsschule in Kobanê/Nordostsyrien startete 2015, nachdem die Stadt an der Grenze zur Türkei nach schweren, verlustreichen Kämpfen vom sogenannten IS befreit worden war. Die Stadt war danach zum Großteil zerstört, auch die Schulen.

Wir organisierten Veranstaltungen, sammelten Spenden und im Mai 2018 reiste ich nach Kobanê, um mir die Verhältnisse vor Ort persönlich anzusehen. Auch auf der GEW-Homepage wird über das Projekt informiert und zu Spenden aufgerufen.<sup>1</sup>

Nach fünf Jahren sind nun über 111.000 EUR zusammengekommen. Die Gelder liegen auf einem Konto des BFW (Bildungs- und Förderungswerk) der GEW im DGB e. V. Für den Bau eines einfachen, aber modernen Schulhauses waren von Beginn an jedoch insgesamt 250.000 EUR veranschlagt.

Der Bildungsrat und die Selbstverwaltung von Kobanê und Rojava kooperieren nach wie vor sehr eng mit

1 Vgl. »Eine Berufsschule für Mädchen für das vom IS zerstörte Kobanê«, gew-bayern.de

uns und möchten den Bau des Schulhauses bald realisieren. Dafür versuchen sie auch selbst, finanzielle Mittel zu generieren. Ein Bauplatz ist da, Material und Arbeitskräfte stehen bereit, es könnte also sofort mit dem Bau begonnen werden.

Im Kreis der Unterstützer\*innen wurde immer wieder darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist, bereits jetzt mit dem Bau zu beginnen. Nun endlich scheint es trotz wiederholter Rückschläge durch politische Spannungen und Bedrohungen möglich, die Schule bald zu realisieren.

Dafür ist es nun wichtig, konkrete Schritte zu planen und eine Reihe von Fragen zu lösen – auch mit juristischem Beistand:

- Was sind wichtige Vertragsbestandteile?
- Wer sind die Vertragspartner?
- Wer kann auf das gesammelte Geld zugreifen?
- Wie gewinnen wir Sicherheit, dass das Geld für den Spendenzweck eingesetzt wird?
- Wie kommt das Geld nach Kobanê?
- Welche Nebenkosten sind einzu-

kalkulieren?

- Wie können weitere Spenden gesammelt werden?

Der Landesausschuss der GEW Bayern – das höchste Gremium nach der Landesdelegiertenversammlung – beschloss nun, diese Fragen in Angriff zu nehmen. So wird z. B. der geschäftsführende Ausschuss der GEW Bayern zusammen mit uns, dem Landesausschuss für interkulturelle Bildung (LIB), die nächsten nötigen Schritte einleiten.

Gleichzeitig bitten wir weiter um die Unterstützung unserer Mitglieder. Jede noch so kleine Spende unterstützt ein Projekt, das ein vorbildliches Bildungs- und Gesellschaftssystem mit Gleichberechtigung aller Menschen, Religionen, Ethnien nicht nur predigt, sondern tatsächlich lebt.

**von Margot Simoneit**

Kreisverband Fürstenfeldbruck  
Mitglied des LIB-Leitungsteams

Rückfragen, Ideen und Vereinbarung von  
Veranstaltungen bitte an:  
margot.simoneit@gew.bayern

**Spendenkonto:**

Bildungs- und Förderungswerk der GEW  
im DGB e. V.  
IBAN: DE 65 5005 0000 0084 0009 26

Tarifrunde 2020:

# Mehr Lohn für die Beschäftigten – gerade in der Krise

Ohne Corona wären wir jetzt in der entscheidenden Phase der Tarifverhandlungen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE). Wir wären mitten in der Diskussion um die richtigen Forderungen für die allgemeine Einkommensrunde für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Bund/Kommunen und würden die Mobilisierung für etwaige Streiks nach der Sommerpause vorbereiten.

## Arbeitgeber schlagen Angebot aus

Doch dann kam Corona dazwischen: Wegen der daraus resultierenden Krise hatten wir, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (GEW, ver.di, Gewerkschaft der Polizei (GdP)) und der Deutsche Beamtenbund (dbb), im Juni 2020 vorgeschlagen, dieses Jahr nur einen kleinen Abschluss zu vereinbaren und die eigentliche Tarifrunde auf Anfang 2021 zu verschieben. Doch die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) lehnte dies im Rahmen der Sondierungsgespräche zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern ab, worauf die Gewerkschaften die TVöD-Entgelttabellen zum 31. August 2020 kündigten und die Arbeitgeber zu

Die Fotos zeigen Teilnehmer\*innen der Kundgebung der Münchner GEW-Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe am 22.7.2020. Mehr dazu auf S. 21 dieser DDS.



Tarifverhandlungen aufforderten. Diese starten nun wie geplant am 1. September 2020.

## Beifall allein reicht nicht

In der (ersten) Hochphase der Pandemie wurde die Leistung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beklatscht. Es war klar, dass insbesondere in Krisenzeiten ein funktionierender öffentlicher Dienst eine wichtige Rolle in Gesellschaft und Staat einnimmt. »Statt die Leistungen des öffentlichen Dienstes in der Krise zu honorieren, wollen die Arbeitgeber diese nun nutzen, um die Gewerkschaften zu einem Lohnverzicht zu zwingen«, beschreibt Daniel Merbitz, GEW-Vorstandsmitglied für Tarif- und Beamtenpolitik, die aktuelle Haltung der Arbeitgeberseite, die nicht akzeptabel sei. Ginge es nach ihr, wäre nie der richtige Zeitpunkt für eine Tarifierhöhung, denn in guten Zeiten soll für schlechte gespart werden, in schlechten Zeiten sei nichts zu verteilen. Doch die Arbeitgeber verkennen, dass es in allen Zeiten einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst braucht.

Gleichzeitig gilt es vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der Überalterung der Beschäftigten gerade auch im Sozial- und Erziehungsdienst,

motiviertes und gut ausgebildetes Personal zu gewinnen und zu halten. Tarifierhöhungen sind ein Mittel, um die dort angesiedelten Berufe attraktiver zu machen. Im Widerspruch dazu wittern die Arbeitgeber derzeit jedoch nur die Chance, den Arbeitnehmer\*innen die Kosten der Krise aufzubürden. Dagegen wehren wir uns.

## Der Zeitplan

Für den 1. September ist nun die erste, für den 19. und 20. September die zweite sowie für den 22. und 23. Oktober die dritte Verhandlungsrunde angesetzt. Da Corona noch nicht vorbei ist, werden wir uns neue Strategien und Aktionsformen überlegen, die die Tarifverhandlungen begleiten und unsere Handlungsfähigkeit unterstreichen werden. Gemeinsam werden wir mit unseren ver.di- und GdP-Kolleg\*innen für die Durchsetzung der Forderungen kämpfen.

von Petra Nalenz

Mitglied der Bundes- und Landestarifkommission für den Bereich TVöD/SuE





# Völkisches Heimatverständnis in rechter Musik



**Der Kampf um die Deutungshoheit des Heimatbegriffs wird nicht nur auf der Straße, im Netz und in den Parlamenten geführt – sondern auch in der Musik. Mit Chris Ares und Frank Rennicke agieren in Bayern gleich zwei in der Szene bekannte Interpreten. Deshalb spielt der Freistaat Bayern im Buch »Der Begriff ›Heimat‹ in rechter Musik. Analysen – Hintergründe – Zusammenhänge« auch eine zentrale Rolle.**

»Heimat« ist en vogue. Dafür genügt ein Blick in die Regale eines Buchladens: »Heimat. Ein Phantomschmerz« (2017), »Heimat. Ein deutsches Familienalbum« (2018) oder »Eure Heimat ist unser Albtraum« (2019) sind Belege der These. Die Bedeutung des Heimatbegriffs ist eine komplexe Frage der Perspektive. Die Autor\*innen Fatma Aydemir und Hengameh Yaghoobifarah sind in Deutschland geboren und von Rassismus betroffen, weil ihre Eltern eine Migrationsgeschichte haben. In ihrem Buch »Eure Heimat ist unser Albtraum« beschreiben sie »Heimat«

als völkische Kategorie: »Heimat hat in Deutschland nie einen realen Ort, sondern schon immer die Sehnsucht nach einem bestimmten Ideal beschrieben: einer homogenen, christlichen weißen Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben, Frauen sich vor allem ums Kinderkriegen kümmern und andere Lebensrealitäten schlicht nicht vorkommen.« Der Autor Saša Stanišić wurde in Bosnien geboren, ist mit seinen Eltern im Bosnienkrieg nach Deutschland geflohen und ebenso von Rassismus betroffen. Für ihn ist »Heimat« eine Zufallskategorie. In seinem Buch »Herkunft« schreibt er: »Jedes Zuhause ist ein zufälliges: Dort wirst du geboren, hierhin vertrieben [...]. Glück hat, wer den Zufall beeinflussen kann. Wer sein Zuhause nicht verlässt, weil er muss, sondern weil er will.«

## Heimat für wenige oder Heimaten für alle?

Um die Bedeutung des Heimatbegriffs zu erfassen, sind drei Überlegungen notwendig:

- Singular versus Plural: Ein und derselbe Mensch kann – vollkommen unabhängig von der eigenen Herkunft – durchaus mehrere Heimaten besitzen. Die Perspektive derjenigen, die entweder selbst eingewandert sind und/oder eingewanderte Menschen in der Familie haben, wird in der gesellschaftspolitischen »Heimat«-Debatte kaum bis gar nicht beachtet. Doch die Worte von Aydemir, Yaghoobifarah und Stanišić sind wichtig und müssen sichtbar gemacht werden.
- Inklusiv versus exklusiv: Der Heimatbegriff kennt zwei Erzählstränge. Der inklusive Strang bietet Menschen unabhängig von Herkunft und Religion eine Heimat, der exklusive Strang macht Heimat von Herkunft und Religion abhängig. Der exklusive ist historisch belastet: Das NS-Regime instrumentalisierte den Heimatbegriff, um zu bestimmen, wer im Deutschen Reich eine Heimat besaß und wer nicht. Das Regime nahm allen voran Jüdinnen und Juden ihre Heimat durch syste-

matische Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung.

- Exklusiv, rassistisch, völkisch: Rassist\*innen knüpfen an den exklusiven Erzählstrang an und greifen nach der Deutungshoheit über Begriffe wie »Heimat«, »Identität« und »Kultur«. Dies hat bei Neonazis eine lange Tradition, die Neue Rechte um AfD und Identitäre Bewegung (IB) verstärkte sie in den vergangenen Jahren. Zwar unterscheiden sich Neonazis und Neue Rechte durch ihre Haltung zum Nationalsozialismus: Während die Neue Rechte – teils aus strategischen Gründen – die NS-Ideologie und die Taten des NS-Regimes ablehnt, wünschen sich Neonazis eine Neuauflage der NS-Herrschaft. Allerdings verbindet Neonazis und Neue Rechte das exklusive und völkische Heimat- und Volksverständnis. Die Grundlage hierfür ist eine rassistische »Blut- und Boden«-Ideologie.

### Der neurechte Rapper »Chris Ares«

Der Kampf um die Deutungshoheit über den Heimatbegriff zeigt sich in der Musik besonders stark. Zwei Beispiele: Der neurechte Rapper »Chris Ares« (Christoph Aljoscha Zloch, \*1992), der sich seit Jahren im Umfeld der IB bewegt, verbreitet in vielen seiner Tracks rassistische und verschwörungsideologische Botschaften. Trotzdem verbucht er enorme Erfolge: 2019 erreichte sein Album »2014-2018« zwischenzeitlich den ersten Platz der iTunes-Charts, sein Track »Neuer Deutscher Standard« den ersten Platz der Amazon-Charts. Vergleichbare Erfolge schaffte er 2020 mit seinem Album »Ares«. Zloch stammt aus Baden-Württemberg und lebt seit mehreren Jahren in Sauerlach (Lkr. München). Der Rechtsrapper vermengt scheinbar harmlose Begriffe wie »Heimat«, »Identität« und »Kultur« mit ideologischen Begriffen wie »Großer Austausch«, »Islamisierung« und »Volkstod«. Allesamt Begriffe, die Identitäre & Co. im Laufe der vergangenen Jahre erfolgreich in den asylpolitischen Diskurs eingespeist haben. »Chris Ares« pflegt ein einfach gestricktes Weltbild: Auf der einen Seite die ehrlosen Gangsta-Rapper, die alle und ausschließlich über Drogen, Ge-

walt und Prostitution rappen und die Sinne der Jugend »vergiften« würden, auf der anderen Seite der ehrenhafte Rapper »Chris Ares«, der Drogen und Gewalt ablehnt und die »deutschen« Werte vermitteln möchte.

#### »Du heiliges Land meiner Vorfahren«

Das schlichte Weltbild überträgt er vom Rap auf die Gesamtgesellschaft. Im Track »BRDigung« rappt er: »Ich sehe in jeder deutschen Großstadt Parallelsysteme wachsen | Parallelsysteme von Menschen, die weder zu uns passen | Noch kann Leben mit uns klappen | Weil sie eben nicht gewachsen sind | Der Hochkultur der Deutschen«. Der Rassismus mündet in Verachtung: »Habe Hass auf diese Clique | Die mein schönes Deutschland auffrisst«. Er behauptet sogar, »Heuschrecken« überfielen Europa und erzeugten eine »neue Mischrasse«. Zudem deutet er an, US-amerikanische Juden wie George Soros seien für die Vernichtung der »Völker« verantwortlich – eine Erzählung, die in antisemitischen Kreisen stark verbreitet ist. Während der Rechtsrapper behauptet, die Heimat werde durch Einwanderung bedroht, stilisiert er sich zum blutrünstigen Märtyrer, der sich im heroischen Kampf für sein Vaterland opfert: »Für die Heimat, Du heiliges Land meiner Vorfahren | Alle Augen auf uns, denn wir werden fortfahren | Krieger, lieber bin ich tot, bevor ich knien werde | Diese Lieder bevor ich morgen schon zum Ziel werde«.

#### Der Neonazi-Liedermacher Frank Renniecke

Frank Renniecke (\*1964) ist der bekannteste und einflussreichste Liedermacher der Neonazi-Szene. Der NPD-Kader veröffentlichte seit Anfang der 1980er-Jahre über 30 Tonträger und spielt regelmäßig im Rahmen neonazistischer Balladenabende. Er lebte lange Zeit in Baden-Württemberg, zog 2006 in das mittelfränkische Altenreuth (Lkr. Ansbach) und wohnt mittlerweile im oberfränkischen Unterhartmannsreuth (Lkr. Hof). Für viele Neonazis verkörpert Renniecke das Ideal des »deutschen« Mannes. Während er seit mehreren Jahren mit seiner Frau und zahlreichen Kindern auf dem

Land lebt, produziert er im gepflegten Erscheinungsbild mit Hemd und Scheitel eine bodenständige Musik mit Akustikgitarre. Renniecke kombiniert sein antimodernes Erscheinungsbild und die ruhigen Wohlfühlmelodien seiner Balladen mit zeitlosen Themen, die Neonazis von Jung bis Alt ansprechen und sich bestens für die Vermittlung der Ideologie eignen. Das zentrale Thema ist die Sehnsucht nach der »deutschen« Heimat.

#### »Das ist Deiner Väter Land«

Dabei beginnen die Balladen oft harmlos (»Heimat, Dich hab' ich so gern«). Jedoch wird rasch deutlich, dass die ruhigen Klänge und gesungenen Strophen über Berge, Felder und Küsten keineswegs harmlos sind. Denn er verknüpft die Sehnsüchte mit Werten wie Loyalität (»Vaterland, Dir gilt mein Leben | Der Heimat diene ich | Denn ich liebe Dich«) und Traditionspflege (»Deutschland, mein Sohn | Das ist Deine Heimat | Deutschland – das ist Deiner Väter Land«). Oft verbindet er mit der Sehnsucht nach Heimat die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches. In Liedern wie »Restdeutschland«, »Über Länder, Grenzen, Zonen« und »Die Grenze« beklagt er sich über die Alliierten, die »unser deutsches Land gestohlen« und »besetzt« hätten. Die Behauptung, Deutschland sei besetzt, reicht über die Frage der ehemaligen Ostgebiete hinaus. Das wird im Lied »Ich will mein Land zurück« deutlich. Zunächst singt Renniecke: »Ich will mein Land zurück | Das müsst ihr doch verstehen | Denn dieses ist mein Vaterland | Hier bin ich zu Haus«. Während man sich im Refrain fragt, wer ihm »sein« Land stahl, gibt der Liedermacher in der folgenden Strophe eine Antwort: Die Demokratie sei eine »Diktatur der Scheindemokraten«, in der »fremdbestimmte Politiker« – gelenkt durch die USA (»mancher reiste über'n großen Teich«) – die »Endlösung des deutschen Volkes« anstrebten.

#### von Timo Büchner

nach seinem Studium der Politischen Wissenschaften und Jüdischen Studien in Heidelberg heute Experte für Rechtsrock

Er veröffentlichte das Buch »Der Begriff »Heimat« in rechter Musik. Analysen – Hintergründe – Zusammenhänge« 2020 im Wochenschau Verlag.

Ein Interview mit Timo Büchner findet ihr in der E&W 9/2020.



## Leser\*innenbriefe ... Leser\*innenbriefe ... Leser\*innenbriefe ...

zu »Beschäftigte in der Behindertenhilfe arbeiten weiter«, DDS Mai 2020, S. 7

### Kein »Weiter so« in der Behindertenhilfe!

Mit Recht betonst du, Kollege Gerd Schnellinger, dass Schutzmaßnahmen für die in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM), Tagesstätten und Heimen etc. Beschäftigten, also auch für die dort betreuten Werkstattmitarbeiter\*innen, erforderlich sind und vom jeweiligen Arbeitgeber bzw. dem verantwortlichen Bezirk für die Eingliederungshilfe zu garantieren sind, damit der Betrieb weiterlaufen kann.

Leider ist die Belegschaft in den WfbM aber unterteilt in »echte« Arbeitnehmer\*innen und in behinderte Mitarbeiter\*innen mit dem Dauerstatus von Rehabilitand\*innen. Die auch von der GEW in etlichen Anträgen und Beschlüssen beschworene UN-Behindertenrechtskonvention sieht neben den Bereichen Bildung, Wohnen, Freizeit etc. auch für die Arbeit inklusive Lösungen vor, die ein »Weiter so« verbieten.

Als Betroffener des Werkstatt-Lockdowns meines Sohnes Mitte März musste ich wieder mal feststellen, dass wir noch sehr weit von diesem Ziel entfernt sind: Es wurden pauschal vom Freistaat alle behinderten Mitarbeiter\*innen ausgesperrt – ohne Prüfung ihres Gesundheitszustandes, ihrer persönlichen Risikosituation oder ihrer Arbeitsbereitschaft.

Auch die Mitarbeiter\*innen an den Außenarbeitsplätzen, die voll in andere Betriebe integriert schienen, wurden von heute auf morgen nach Hause bzw. in ihre Wohnheime geschickt. Und anders als die Arbeitnehmer\*innen (Gruppenleiter\*innen) können sie nicht vom Kurzarbeitergeld profitieren, angesichts der nun erwartbaren Verluste der Werkstätten droht ihnen sogar eine Kürzung ihrer bescheidenen Bezüge (meist unter 200 EUR/Monat). Wegen der Abstandsregelung gilt inzwischen trotz Wiederbeschäftigung ein Rotationsprinzip, das für sie nach zwei Arbeitswochen eine Woche Pause vorsieht.

Angesichts weiterer Infektionsrisiken, die sich z. B. durch lange Fahrzeiten in speziellen Bussen zu den Behinderteneinrichtungen ergeben, ist für die Zukunft ein grundsätzlich neuer inklusiver Denkansatz erforderlich:

- Der Status aller in Werkstätten für Behinderte Beschäftigten ist als Arbeitnehmer\*in mit vollen Rechten zu etablieren, dazu gehört auch die Bezahlung nach Mindestlohn bzw. nach Tariflohn.
- Mobile Formen der Beschäftigung, wie jetzt schon an Außenarbeitsplätzen, anstatt stationärer Beschäftigung sind auf Dauer anzustreben.
- Die WfbMs sollten sich von Sonderproduktionsstätten hin zu Agenturen entwickeln, die v. a. in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vermitteln und diese langfristig betreuen. Dafür ist die Hamburger Arbeitsassistenten gGmbH mit fast 70 Prozent Vermittlungen ein nachahmenswertes Vorbild.
- Das Geld für diese Umstrukturierung kann allerdings nicht nur von den Bezirken kommen, denn diese sind v. a. kommunale Umverteilungsstationen, die chronisch knapp bei Kasse sind. An der neuen inklusiven Arbeitswelt müssen sich Bund, Land und v. a. auch die Betriebe gleichermaßen finanziell beteiligen.
- Spezielle Aufgabe der Gewerkschaften müsste es sein, dass die Trennung in der Eingruppierung in sogenannte Regeltätigkeiten und schwierige Tätigkeiten ohne finanzielle Verluste aufgehoben wird. Dann würden Menschen mit Behinderung auch nicht mehr als »schwierig« gelten.

von Günther Schedel-Gschwendtner

zum Schwerpunkt der DDS Mai 2020 »Erzieher\*innenausbildung«

### Zustimmung, Zweifel, Fragen und Anmerkungen

In der DDS 12/2019 habe ich Grundsätzliches zur Demontage der Sozialarbeit, insbesondere auch zur Demontage der Erzieher\*innenarbeit angesprochen. Anlässlich verschiedener Beiträge zu diesem Thema in der DDS Mai 2020 noch ein paar weitere Anmerkungen: Ich freue mich, dass die Artikel der Kollegin Schuldt

und des Kollegen Schedel-Gschwendtner meine Einschätzung voll bestätigen. Es gibt die beiden Mühlsteine des »Downgrading« durch neue Kurzausbildungen von »unten« und des neuen Spezialist\*innentums von »oben«. Zwischen beiden drohen bisherige Fachkräftestandards zerquetscht zu werden. Es gibt ja Bemühungen, auch bundesweit, Erziehung und Bildung im frühkindlichen Bereich zugunsten reiner – ökonomisch bedingter – Betreuung herunterzufahren. Andererseits bringen (akademische) Spezialisierungen im gesamten Fachkräftebereich gar nichts, weil durch permanenten Wandel es alle paar Jahre neuer Spezialausbildungen bedürfte.

Was den Beitrag der Kollegin Block zur Kindheitspädagogik betrifft, habe ich dazu schon anlässlich einer Klage von Betroffenen in der DDS vor längerer Zeit kritisch Stellung bezogen. Zum Beitrag des Kollegen Mollenhauer nur einige kurze Anmerkungen. Im Unterschied zu ihm sehe ich Optiprax noch immer als verkürztes Sondermodell. Zweitens sehe ich dahinter eine massive Diskriminierung all der Frauen, die jahrzehntelang die normale Erzieherinnenausbildung auf sich genommen haben. (Blöd, wer das jetzt noch tut?) Wenn jetzt Vergütungen möglich sind, im Wesentlichen deshalb, weil »Männer« ange-lockt werden sollen, spricht das Bände. Und eine Frage bleibt dabei noch völlig offen: Die Optiprax-Absolvent\*innen erreichen meines Wissens Erzieher\*innenstatus. Das hieße, am generellen finanziellen Status dieses Berufsstandes ändert sich dadurch nichts. Insofern bleibt das finanzielle Lockmittel auch für Männer weiterhin schwach. Oder sollen sie dann in ihrer weiteren Praxis bessergestellt werden?

von Fritz Köbler

zu »Crisis? What Crisis?«, DDS Juni 2020, S. 16

### Selbstgerechte Erläuterungen

Da hat er es dem Ladenschwengel aber gezeigt, der Herr Professor. Will der ihm doch einen Einkaufswagen aufzwingen, ihm! Das ist ja wie – ja wie wenn man denunziert wird und ins KZ Dachau kommt. Das hat er ihm dann auch gleich erklärt, dem Ladenschwengel, der Herr Professor. Denn erklären muss man solchen Leuten immer die historischen Zusammenhänge, die verstehen sie sonst nicht. Und uns, den Leser\*innen, muss er doch auch etwas erklären. Dass das, was er da mit dem Einkaufswagen erlebt hat, so ähnlich ist wie damals in Genf beim Calvin. Das hat der Stefan Zweig geschrieben, den er gelesen hat, der Herr Professor. Denn gelesen ist er natürlich auch. Und er fährt mit dem Fahrrad zum Einkaufen, denn ökologisch denkt er auch. Das alles muss er uns erklären, die nicht ganz so borniert sind wie der Ladenschwengel, aber doch ein bisschen. Zwischen uns, den Leser\*innen und dem Herrn Professor steht noch seine Kollegin Karliczek, die »nicht die Hellste« ist, denn so hell wie der Herr Professor strahlt ja sonst niemand.

Im Ernst: Ein derart selbstgerechter und im Hinblick auf den Dachau-Vergleich empörender Text gehört nicht in eine Gewerkschaftszeitung.

von Karl Kühbandner

kein Professor, sondern Geschichtslehrer in Rente

### Manchmal hilft ein Gespräch weiter

In der DDS vom Juni 2020 hat mich der Beitrag von Herrn Prof. Weber recht verärgert. Trotz einer weitgehend zutreffenden Gesellschaftsbeschreibung zeigt der Umgang mit dem Einkaufswagen seine Ahnungslosigkeit für bestimmte Maßnahmen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Hinweis auf das KZ Dachau und die Denunziationen in der NS-Zeit das Hygienekonzept des Bioladens ändern werden. Prof. Weber schreibt, dass er keine Oberlehrer\*innen benötigt, agiert im Bioladen aber in oberlehrer\*innenhafter Manier.

Hätte er sich bei dem Kassennachmann nach dem Sinn der Maßnahme, einen Einkaufswagen nehmen zu müssen, erkundigt, hätte er vielleicht erfahren, dass viele Geschäfte die Anzahl der Menschen, die sich gleichzeitig im Laden aufhalten dürfen, begrenzt haben. Durch diese Begrenzung kann man im Laden Abstand halten.

Um jetzt nicht ständig am Eingang die rein- und rausgehenden Menschen zählen zu müssen, haben die Geschäfte einfach die Anzahl

(Fortsetzung nächste Seite unten)

## Ein GEWerschafter der ersten Stunde Zum Tod von Herbert Langen 15.11.1941 - 24.6.2020



Begegnet bin ich ihm das erste Mal im Jahr 1973 als Lehramtsstudent in München-Pasing. Der junge Lehrer Herbert Langen veranstaltete dort am späteren Mittwochnachmittag Übungen und Vorlesungen zur Didaktik der Hauptschulmathematik, die wenig theoretisch, aber sehr praxisbezogen waren. Erneut traf ich ihn, als es mich 1977 als Lehramtsanwärter nach Landsberg verschlug. Dort hatte Herbert im Oktober 1973 mit 20 Mitstreiter\*innen einen Kreisverband der GEW gegründet, dessen Mitgliederzahl sich innerhalb zweier Jahre auf 40 erhöht hatte. Herbert Langen war der kämpferische Vorsitzende und der Mittelpunkt des Verbandes, auch nachdem er im Jahr 1980 seinen Platz an der Spitze geräumt hatte. Er wirkte weiter als Rechtsberater und Pressesprecher und, als später Not am Mann bzw. an der Frau war, auch wieder als zweiter Vorsitzender.

Zu berichten gab es für ihn als Pressesprecher damals viel: Die sehr aktive GEW Landsberg informierte beispielsweise über Gesamtschule, Streikrecht oder Apartheid und rief zur Solidarität mit Nicaragua auf. Bei den am Ort sehr erfolgreich eingeführten Elternseminaren saß Herbert als Rechtsexperte auf dem Podium. Bis zu seiner Ernennung zum Konrektor war er der einzige GEWler im Personalrat am Ort und im Bezirk Oberbayern.

Wichtig war ihm genauso der Kontakt zum DGB. Auch nachdem er im Jahr 1993 als eines der ersten GEW-Mitglieder in Oberbayern zum Rektor einer Grundschule ernannt worden war, wo er die Fürsorgepflicht gegenüber den Kolleg\*innen und den Kindern mit Großbuchstaben schrieb, und nach seinem Eintritt in den Ruhestand besuchte er jede unserer Veranstaltungen.

Jenseits der GEW war sein Engagement sehr breit aufgestellt. Für die SPD saß er 18 Jahre im Landsberger Stadtrat, er leitete die Arbeiterwohlfahrt und war in vielen Vereinen aktiv, in denen der gebürtige Rheinländer mit seinem unverwechselbaren Schnauzbart ebenso wie in der GEW für seine Fröhlichkeit und seine positive Lebenseinstellung beliebt war. Ein böses Wort habe ich nie von ihm gehört. Heuer im Herbst wollten wir ihn im Kreisverband für seine 50-jährige bewegte Mitgliedschaft in der GEW ehren. Herbert Langen verstarb für uns völlig überraschend am 24. Juni nach kurzer schwerer Krankheit und wurde im Kreis seiner Familie sowie Freundinnen und Freunde, zu denen auch wir von der GEW gehörten, beigesetzt.

von Andreas Hoehne

im Namen des Kreisverbands Landsberg

## Klaus Liebig ist gestorben 8.9.1939 - 21.7.2020



Viele der Älteren in der GEW werden sich an Klaus erinnern – etwa im Zusammenhang mit den Beilngrieser Kulturtagen des DGB. Als langjähriger pädagogischer Mitarbeiter im DGB-Bildungswerk Bayern entwickelte er ein viel beachtetes Konzept kultureller und politischer Bildung. In zahlreichen Werkstätten – u. a. zu Video, Theater, Foto, Spiele mit Kindern, Musik, Schreiben, Tanz – bearbeiteten die Teilnehmer\*innen dort in den 1980er-Jahren politische Themen. Klaus schrieb in einer der Dokumentationen: »Wichtig ist, dass wir immer wieder den Mut haben, Neues auszuprobieren, es dann in Frage zu stellen und aus der Kritik den nächsten Schritt zu entwickeln. So entsteht durch Lernen die Bewegung, die zur Veränderung führt.«

Nach seiner aktiven beruflichen Phase verbrachte er jährlich mehrere Monate im südindischen Kerala. Sein Interesse galt insbesondere dem »Kerala-Modell«, mit dem das Land unter einer linksdemokratischen Regierung trotz großer Armut westliche Sozialdaten bezüglich Bildung, Gesundheit und Lebenserwartung aufweisen konnte. Klaus knüpfte eine Vielzahl an Kontakten. Und, ganz der Pädagoge, wollte er seine Erkenntnisse und Erfahrungen an andere weitergeben. Zusammen mit einem indischen Kollegen bot er jahrelang zweiwöchige Studienreisen an. 2004 durften ca. 30 GEWler\*innen aus ganz Bayern diese äußerst interessante Reise

unter der sachkundigen Führung von Klaus erleben. Leider hat Klaus auch den schleichenden Niedergang des Kerala-Modells erlebt, den er in dem Film »Wolken über Kerala« dokumentiert und kommentiert hat.

Der GEW war Klaus seit seinem Eintritt 1971 eng verbunden. Er war ein Linker ohne Lagerdenken und Zeit seines Lebens ein kritischer, politisch denkender und engagierter Mensch, der stets den Diskurs mit anderen gesucht hat. Er wird vielen fehlen.

von Fred Schell

der Einkaufswagen reduziert. Sind keine Einkaufswagen mehr vorhanden, ist die maximale Anzahl der Menschen im Geschäft erreicht und neue müssen draußen warten.

Dass der Kassennmann mit einem Hausverbot droht, ist aus Sicht des Ladenbesitzers verständlich. Werden bei einer Kontrolle des Ladens (oder bei einer Denunziation) Verstöße gegen die Hygieneauflagen festgestellt, muss er mit einer drastischen Geldbuße rechnen.

Statt einer oberlehrer\*innenhaften Reaktion wäre ein Gespräch mit dem Kassennmann, der im Übrigen nur seine Arbeit macht, oder dem Inhaber des Geschäftes hilfreicher gewesen. Nicht jede auf den ersten Blick nicht sofort verständliche Regelung ist eine Maßnahme zur Unterdrückung der Bevölkerung.

von Ulrich Kersten

zur DDS »Zwischen Macht und Selbstbestimmung«, Juni 2020

### Doppeltes Lob

Meinen Dank an die Redaktion für den Artikel »Crisis? What Crisis?« von Prof. Klaus Weber. Er überragt die E&W-Artikel (»Grundrechte im Würgegriff« und »Glimpflich davongekommen?«) deutlich.

Und das Arendt-Zitat auf dem Schild S. 10 ist nicht nur eine prima Denkanregung angesichts der »neuen Normalität« mit Maske, Abstandsregeln, Quarantänedrohungen etc., sondern auch zum Thema »Neue Autorität« im ersten Teil des Hefts.

von Ernst Wilhelm



Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

## Einfach mal machen!

Eine Zeit lang ging ich mit dem Gedanken schon schwanger: Könnte es sein, dass in der Provinz die Medien viel eher über GEW-Aktionen berichten als in der Landeshauptstadt, aus der ich stamme?

Als dann eine Freundin fragte »Was macht denn die GEW gegen das Piazolo-Paket jetzt, wo demonstrieren wieder geht?«, da antwortete ich: »Die GEW bist du. Die GEW macht das, was du machst.« Das war die Initialzündung: Wir organisierten hier in Burghausen in Absprache mit dem GEW-Landes- und -Kreisverband eine Kundgebung, schrieben einen Aufruf, meldeten sie beim Ordnungsamt an, formulierten eine Presseerklärung, organisierten ein Demo-Equipment, mobilisierten und schon hatten wir am 21.7. eine nette kleine Kundgebung auf dem Messeplatz. Die Presse war zahlreich vertreten und berichtete ausgesprochen wohlwollend. Und: So viel Arbeit war es dann auch nicht und zu zweit war es zu schaffen.

Leider hatte sich im Vorfeld das Gerücht ver-



breitet, dass die, die auf die Kundgebung gehen würden, dienstliche Konsequenzen zu befürchten hätten. Darum waren wir letztendlich nur knapp 40 Leute. Doch auch das war für Burghausen nicht schlecht und es wird sich herausstellen, dass die Angst vor Repressalien unbegründet war. Beim nächsten Mal sind wir dann schon mehr. Denn am Bewusstsein der Kolleg\*innen, auch bei denen, die nicht da waren, hat sich etwas verändert.

Wir machten das jetzt zum ersten Mal. Darum waren wir froh, dass wir in der GEW eine kompetente Organisation im Hintergrund hatten. Besonders bedanke ich mich bei Schorsch Wiesmaier, der mir als Hauptredner schwer aus der Patsche geholfen hat.

Schade, dass der BLLV »wegen Corona« nicht mitmachen wollte. Gut, dass die, die da waren, wissen, dass sie getan haben, was sie tun mussten.

**von Bernd Englmann-Stegner**  
Schatzmeister der GEW Oberbayern

## Nicht nur in der Krise: Für gute Arbeit brauchen wir mehr!

Unter diesem Motto veranstaltete die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft München am 22. Juli 2020 um 8.30 Uhr morgens eine Kundgebung vor der Stadtratssitzung.

Mit 80 Kolleg\*innen von GEW, ver.di, dem Stadtmuseum und Studierenden der Hochschulgruppe Kriso (der KSFH) konnten wir lautstark unsere Forderungen an den Stadtrat richten. Wir machten deutlich, dass wir bessere Arbeitsbedingungen brauchen und keine Verschlechterung, wie zurzeit von konservativer und rechter Seite gefordert. Wir fordern mehr qualifiziertes Personal, adäquate Räume, eine gute (auch technische) Ausstattung, mehr finanzierte Schulungen und Weiterbildungen in der Arbeitszeit, eine gut finanzierte, unabhängige und öffentliche Ausbildung an Fach- und Hochschulen, mehr Zeit für unsere pädagogische Arbeit und für die Gesundheit der Beschäftigten angemessene Hygiene- und Arbeitsschutzkonzepte. In Redebeiträgen bekräftigten GEW- und ver.di-Kolleg\*innen den gemeinsamen Willen, dass sie nicht widerstandslos zusehen werden, wenn versucht wird, die Kosten der aktuellen ökonomischen Krise auf die werktätige Bevölkerung – und hier vor allem die der Frauen – abzuwälzen.

Das soziale, kulturelle und gesundheitliche Breitenangebot der Kommune ist nicht verhandelbar – Privilegien und Lebensstile der oberen Zehntausend hingegen schon.

Neben den Reden sprachen wir auch persönlich mit zwei Stadträten, damit diese unsere Forderungen mit in die Sitzung nehmen.

Mit einem Dank an die Teilnehmer\*innen und die solidarischen Unterstützer\*innen beendeten wir nach einer Stunde die Kundgebung. Mit unseren Forderungen werden wir im Herbst weitere Aktionen im Rahmen der Tarifverhandlungen zum TVÖD organisieren und uns mit anderen solidarisieren.

**von Katharina Servatius**

Weitere Infos: [gew-muenchen.de/fachgruppen/sozialpaedagogische-berufe/](http://gew-muenchen.de/fachgruppen/sozialpaedagogische-berufe/)



## Treffpunkt GEW .. Treffpunkt GEW .. Treffpunkt GEW .. Treffpunkt GEW ..

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

**Altötting/Mühldorf** Treffen nach Vereinbarung. Termine auf Anfrage  
Kontakt: Jochen Peters, ☎ 08639 5330, jochenpeters8@aol.com  
oder Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen,  
Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4398235

**Augsburg** Termine/Infos: gew-augsburg.de, Treffen jeden 1. Donnerstag  
im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Tobias Bevc, info@gew-augsburg.de

**Bad Tölz/Wolfratshausen**  
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr  
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

**Bamberg** Aktuelles: www.bamberg.gew-oberfranken.de  
Kontakt: ☎ 0951 67888, ba@gew-oberfranken.de

**Bayreuth/Kulmbach** Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien),  
18.30 Uhr, Gaststätte »Die Laus«, Bayreuth, Hoffmann-Von-Fallersleben-Str. 24  
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

**Coburg** jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr,  
Da Mario, Sally-Ehrlich-Str. 7, Coburg  
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 09566 808060, schmitt.behling@t-online.de

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,  
Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)  
19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim  
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr,  
Arbeitslosenberatung: jeden 3. Mittwoch im Monat, 18.00-19.00 Uhr,  
Friedrichstr. 7, Kontakt: ☎ 09131 8119451, info@gew-erlangen.de,  
www.gew-erlangen.de

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr  
Vogelgässler, Vogelstr. 16  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

**Freising** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

**Fürstenfeldbruck/Dachau**  
Treffen nach Vereinbarung, Kontakt: Margot Simoneit  
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

**Fürth** Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth  
am Mittwoch von 14.15 - 16.15 Uhr  
Kontakt: ☎ 0911 6589010, gew-mittelfranken@nefkom.net

**Hof-Wunsiedel** Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat,  
abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de  
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Schrobenhausen**  
offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag im Monat ab 17.30 Uhr  
im Café Maximilians, Schäfflöräustr. 23, Ingolstadt  
Kontakt: Gabi Gabler, g.gabler@gmx.net

**Kempten/Oberallgäu** Treffen jeden 1. des Monats (außer in den Ferien)  
Kontakt: Tian Walter, gew.kemptenoberallgaeu@gmail.com

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183 • gew-gerold@web.de

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768  
oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

**Memmingen/Unterallgäu** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 08331 6400009, gew-unterallgaeu@gmx.de

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

**München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen**  
Termine: gew-muenchen.de  
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

**München Fachgruppe Gymnasien** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Michael Hatala, ☎ 0176 39579577  
michael.hatala@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**  
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschuleforschung/huf/  
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Realschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Michael Hemberger, hembergermichi@gmail.com

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: www.gew-muenchen.de  
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**  
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität  
und GEW-Studierende**, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

**München AK Personalräte und Vertrauensleute**  
monatlich Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 089 4483916, Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

**München AK Union Busting** jeden 3. Mittwoch 18.00 Uhr, DGB-Haus,  
Gruppenraum der GEW, Kontakt: AOB@gew-muenchen.de

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)**  
Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

**München GEW-Seniorinnen und Senioren**  
Jour-fixe jeden 3. Montag im Monat, 17.00 - 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

**Neumarkt/Oberpfalz**  
Treffen: Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: sigrid-schindler@web.de

**Neu-Ulm/Günzburg**  
Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396  
ulrich.embacher@gmail.com

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen**  
Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

**Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen**  
Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de  
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 0911 301491, werner\_reichel@web.de

**Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**, Monatliche Treffen.  
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**  
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.sopaed.net  
Kontakt: K. Hübner, khoebner@arcor.de, B. Frey: benifrey@posteo.org

**Nürnberg/Fürth** offener Stammtisch für alle Fachgruppen  
Treffen nach Vereinbarung.  
Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

**Nürnberg Büro für Lebenserfahrung**  
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de  
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

**Nürnberg Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064,  
gerd.schnellinger@gew.bayern

**Passau/Östliches Niederbayern** Treffen alle zwei Monate  
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat  
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Stefanos,  
Bruderwöhrdstr. 15, Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien  
von 16.00-17.00 Uhr im Büro Richard-Wagner-Str. 4/1, rückw.  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

**Rosenheim** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, im »Z – linkes  
Zentrum«, Innstr. 45, Rosenheim  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 08031 95157

**Roth/Schwabach/Hilpoltstein**  
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

**Schweinfurt** jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,  
manfred.schwinger@asamnet.de

**Weiden** jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten  
Termine auf Anfrage: raul.vitzthum@gew.bayern  
Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

**Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789  
wm-sog-gap@gew.bayern

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino  
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

**Würzburg** monatliche Treffen, Termine auf Anfrage,  
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg  
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de